


# AUFTRAG

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten

02.2021 | Heft 309

Exklusiv  
Interview mit  
Dr. Dietmar Bartsch  
(Die Linke)



*Wer die  
Wahl hat,  
hat die Qual*

# 360 GRAD Sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland

Ein Seminar der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS)  
insbesondere für junge Soldatinnen und Soldaten  
**vom 01. bis zum 03. Oktober 2021 in Berlin.**  
(Unterkunft und Verpflegung werden von der GKS übernommen.)

Anmeldung und weitere Fragen unter:  
[Stellv-Bundesvorsitzender@kath-soldaten.de](mailto:Stellv-Bundesvorsitzender@kath-soldaten.de)



## Editorial

„Ich habe manchmal  
das Gefühl, wir  
würden vor zu vielen  
Möglichkeiten stehen“

Das Jahr 2021 ist auch für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ein Wahljahr. Unter anderem haben wir im Mai den Bundesvorstand neu gewählt. Die Delegierten der Konferenz hatten die Wahl und sprachen der alten Spitze erneut das Vertrauen für die kommenden zwei Jahre aus. Ich spreche auch im Namen meiner beiden Mitstreiter, wenn ich mich an dieser Stelle dafür herzlich bei Ihnen bedanke! Welche Herausforderungen die Pandemie an die Gestaltung der Bundeskonferenz, insbesondere in Hinblick auf eine rechtlich unanfechtbare Wahl stellte, und wie wir diese dank vieler engagierter Helfer\*innen schulterten, ist ein Thema in dieser Ausgabe.

Eine Wahl zu haben – das ist für uns in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. In anderen Ländern dieser Erde ist es hingegen strafbar, teilweise tödlich, zu glauben, man könnte seine Meinung frei äußern und eigene Entscheidungen treffen. Doch wer die Wahl hat, hat auch die Qual! Ein Blick in die Glaskugel wäre manchmal hilfreich, um zu sehen, welche Entscheidungen welche Konsequenzen nach sich ziehen. Offen gestanden, ich stehe derzeit vor solch einer Entscheidung. Wähle ich beruflichen Stillstand, dafür aber Stabilität im gewohnten Umfeld, oder entscheide ich mich für eine neue dienstliche Herausforderung, die aber mit einem Standortwechsel verbunden wäre?

Von dieser Wahl hängen dann viele Fragen ab, beruflich wie privat, dazu kommen die Entscheidungen, wie wir sie alle in unserem täglichen Leben treffen müssen. Ich habe manchmal das Gefühl, wir würden vor zu vielen Möglichkeiten stehen.



Foto: Andreas Hähne

Hauptfeldwebel Juliana Haberlag  
Stellv. Bundesvorsitzende der GKS

Meine Mutter sagte neulich zu mir: „Kind, jetzt hab doch ein bisschen mehr Gottvertrauen!“ Danach stellte ich mir die Frage: Ziehen wir Gott eigentlich mit ins Vertrauen? Vermutlich selten, wie denn auch, auf die täglichen Fragen, die man gen Himmel schickt, bekommt man ja auch keine Antwort! – Oder eben doch? Je älter ich werde und je öfter ich mich auf meinem Lebensweg umdrehe, desto häufiger sehe ich, dass immer jemand an meiner Seite war. Es kamen Menschen in mein Leben, die mir sprichwörtlich Licht ins Dunkel brachten. Wir treffen unsere eigenen Entscheidungen, aber wir sind mit ihnen nie allein und auch wenn sonst niemand da wäre, der mit uns ein Stück des Weges geht, so gibt es doch sicher einen, der uns auch in tiefster Nacht an die Hand nimmt und den Weg weist. Jemand, der uns folgt, uns begleitet und uns aufhilft, wenn wir nicht mehr weiterkommen. Daran glaube ich!

Ich wünsche Ihnen und Euch viele solcher Momente! Nicht diese, an denen wir verzweifeln, sondern jene, in denen wir spüren, dass dort jemand ist, der wahrhaftig über uns wacht.

Ihre Juliana Haberlag





**Interview mit  
Dr. Dietmar Bartsch**  
„Es wäre ein Erfolg, wenn  
wieder über Abrüstung  
diskutiert würde“

23

#### GKS-Meldungen

- 06 GKS-Standpunkt
- 07 GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn
- 08 „Splitter“ von der Bundeskonferenz 2021
- 10 Fragen an den neuen Bundesvorstand
- 11 Zur Amtseinführung des 1. Militärbundes-  
rabbiners

#### Titelthemen

- 16 Wie wollen die Politiker\*innen  
Deutschland verteidigen?
- 23 Interview: Dr. Dietmar Bartsch
- 26 Strukturwandel als Chance? Lausitz
- 30 Wie sieht die Kirche der Zukunft aus?
- 32 Quo vadis? Ehrenamtliche Arbeit in der  
Katholischen Militärseelsorge
- 33 Kleine christliche Gemeinschaften
- 36 Sicherheit braucht Entwicklung
- 38 Zur Neuausrichtung des Bundesamts für  
Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
- 42 Zeit für einen Nationalen Sicherheitsrat?

#### Weitere Rubriken

- 03 Editorial
- 12 Panorama
- 14 Wort des Geistlichen Beirats
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 47 Vorschau/Impressum



**Erfolgsmodell  
„Kirche am Ort“**  
Kleine christliche Gemein-  
schaften

33



**Great Expectations**  
Zur Neuausrichtung des  
Bundesamt für Bevölkerungs-  
schutz und Katastrophenhilfe

38





Foto: Dana Kazda

# GKS-Standpunkt

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) fordert eine unabhängige und ehrliche Untersuchung und Evaluierung des Afghanistan-Einsatzes von 2001 bis 2021

Auf Antrag der Bundesregierung stimmte der Deutsche Bundestag am 22. Dezember 2001 einer Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO zu. Über verschiedene Zwischenschritte wurde der Einsatz im Januar 2015 zu einer NATO-Mission zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung afghanischer Streitkräfte im Rahmen von Resolute Support (RS). Nach fast 20 Jahren wird der Einsatz im September 2021 beendet werden. Mehr als 150.000 deutsche Soldat\*innen waren in dieser Zeit in Afghanistan eingesetzt, 59 von ihnen verloren dabei ihr Leben, viele wurden verletzt. Aus unserer Sicht erfordert es daher eine kritische Auseinandersetzung, Analyse und Rekonzeption (Lessons-Learned) laufender und zukünftiger Einsätze deutscher Kräfte auf Grundlage des zu Ende gehenden Afghanistan-Einsatzes. Die Bilanzierung und Aufarbeitung müssen dabei alle

Bundesministerien und ihre nachgeordneten Bereiche, die sich in Afghanistan engagiert haben, in den Blick nehmen. Insbesondere das Auswärtige Amt und die Bundesministerien für Verteidigung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind hierbei gefordert. Diese Bilanzierung ist nicht nur nötig, sondern das oberste Gebot um die Verantwortung des Deutschen Bundestages gegenüber den deutschen polizeilichen, zivilen und militärischen Kräften, aber auch, um dem Status der Bundeswehr als Parlamentsarmee Rechnung zu tragen. Diese Aufgabe könnte eine durch den 20. Deutschen Bundestag eingesetzte unabhängige Kommission übernehmen, um dem Grundsatz der Gewaltenteilung in unserem demokratischen System gerecht zu werden und Regierungshandeln nicht durch Regierungskommissionen überprüfen zu lassen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse müssen in ein überarbeitetes ganzheitliches Konzept für zukünftige mandatierte Einsätze des Deutschen Bundestages münden. ■

## Meldungen aus dem Verband

### SAVE THE DATE

GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn  
2021 und 2022

Eigentlich war bereits im Jahr 2020 die nächste GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn vorgesehen – eigentlich. Wir wissen, warum dies nicht möglich war. So haben wir die Durchführung mit Optimismus auf das Jahr 2021 geschoben, um dann festzustellen, dass sich die Pandemie an keinen Fahrplan hält. Es war also notwendig umzuplanen, und zwar gründlich! Dabei ging es uns darum, das Machbare zu realisieren und nicht einfach zu verschieben oder ausfallen zu lassen.

Nach intensivem Planen haben wir uns entschlossen, die **GKS-Akademie erst im Jahr 2022 als Präsenzveranstaltung durchzuführen** und im November 2021 eine digitale Version an drei Abenden anzubieten.

Das Auftauchen des Coronavirus hat unser Leben schnell und radikal verändert. Wir konnten uns zunächst kaum dagegen wehren, mussten aber rasch lernen, damit umzugehen. Beide Akademieformate werden sich daher mit der hochaktuellen Thematik „Umgang mit Veränderungen“ befassen und zum genaueren Blick, zur kritischen Hinterfragung und zur persönlichen Auseinandersetzung einladen. Dabei steht in der digitalen Akademiereihe 2021 der einzelne Mensch und sein Umgang mit Veränderungen im Mittelpunkt. Für das Präsenzformat im Jahr 2022 ist daran gedacht, über die Perspektive des Einzelnen hinauszugehen und den Umgang mit Veränderungen aus Sicht der Gesellschaft, der Ethik und der Politik in den Blick zu nehmen.

Die Planungen für beide Akademieformate schreiten voran und mit Blick auf das, was schon feststeht, können wir

jetzt schon sagen, dass es spannend zu werden verspricht.

**Wir laden Sie deshalb bereits jetzt ein, sich die Termine für die digitalen Akademieabende vorzumerken!** Einladungen für die einzelnen Abende mit Details zu Inhalt und Durchführung werden zeitgerecht folgen. Auch wenn Sie nicht an allen Terminen teilnehmen können, ist dies kein Problem, denn alle Abende stehen zwar in einem inhaltlichen Zusammenhang, sind jedoch so konzipiert, dass sie auch für sich allein stehen können.

**Digitale GKS-Akademie Oberst-Helmut-Korn 2021:**

**2. November 2021, 19.30 bis 21.00 Uhr**  
Thema: „Halt!“ – Einladung zum Nachdenken darüber, was mir Halt gibt und wie ich Halt geben kann.  
Referent: Ludwig Weitz, Köln  
Religionspädagoge, Coaching für Menschen und Organisationen

**9. November 2021, 19.30 bis 21.00 Uhr**  
Thema: „Hat oder braucht die Bundeswehr ein eigenes Menschenbild?“  
Referent: Oberst i. G. Reinhold Janke, Koblenz, Zentrum Innere Führung, Abteilung Weiterentwicklung Innere Führung

**16. November 2021, 19.30 bis 21.00 Uhr**  
Thema: „Zwischen Solidarität und Individualität – Ich zwischen zwischen zwei Polen?“  
Referent: Prof. Dr. Peter Schallenberg, Paderborn, römisch-katholischer Moraltheologe und christlicher Sozialwissenschaftler

**Und jetzt schon vormerken:**

**06. bis 09. November 2022**

**GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn als Präsenzveranstaltung im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg**



## Wie gefällt Ihnen der AUFTRAG?

Online-Leser\*innenbefragung zur Verbandszeitschrift

Liebe Leser\*innen, mit dem AUFTRAG 301 haben wir unsere Verbandszeitschrift zum vierten Mal in ihrer Geschichte einer grundlegenden Neuausrichtung unterzogen. Ziel war es dabei, den AUFTRAG den aktuellen Erfordernissen und Interessen sowie den Lese- und Sehgewohnheiten der Leserschaft anzupassen, um so auch neue Leser\*innen zu gewinnen. Nach neun Ausgaben im aktualisierten Format möchten wir mit einer Leser\*innenbefragung eine Grundlage für die Auswertung der bisherigen Arbeit schaffen und damit vorhandenes Änderungspotenzial erkennen. Wir bitten Sie herzlich, uns dabei zu helfen, indem Sie an der kurzen Befragung teilnehmen. Die Befragung finden Sie bis zum **30. September 2021** auf unserer Homepage. Selbstverständlich können wir Ihnen die Umfrage auch per Mail zusenden. Bitte schreiben Sie uns hierzu an: [bundesgeschaefsfuehrer@kath-soldaten.de](mailto:bundesgeschaefsfuehrer@kath-soldaten.de), wir senden Ihnen dann die Umfrage zu.

# „SPLITTER“

## Von der ersten digitalen Bundeskonferenz der GKS

Am 07. und 08. Mai 2021 führte die GKS ihre Bundeskonferenz der Corona-Pandemie geschuldet erstmals digital durch.

Die Anspannung war bei den Verantwortlichen deutlich zu spüren, als der Zeitpunkt der Eröffnung der digitalen Konferenz näher rückte. Würde alles so klappen, wie wir es geplant hatten? Würde die Technik funktionieren? Würde es eine Bundeskonferenz werden, bei der wir unsere drei B – Begegnung, Bildung, Besinnung – mit Leben füllen würden? Diese Fragen führte beim ein oder anderen Verantwortlichen zu einer kurzen Nacht. – Rückblickend kann gesagt werden: Es hat sich gelohnt!

Der technische Ablauf, zum Teil mit zwei digitalen Tools, um sowohl das Meeting durchzuführen als auch die geheimen Bundesvorstandswahlen wirklich geheim und rechtssicher durchzuführen, verlief nahezu reibungslos – und die wenigen Schwierigkeiten konnten kompetent und schnell beseitigt werden.

Mit bis zu 55 Teilnehmenden, davon 44 stimmberechtigten Delegierten, war die Konferenz gut besucht. Und sowohl die Delegierten als auch die Gäste „fremdelten“ sehr rasch nicht mehr mit dem zumindest für eine Bundeskonferenz doch ungewöhnlichen Medium. So wurden auch die Pausen zum regen Austausch genutzt, ganz ähnlich, wie es auch am Kaffeetresen gewesen wäre, wenn man sich in Präsenz getroffen hätte. Und auch beim digitalen Kaminabend, bei dem sich die Delegierten am Freitagabend in „breakout rooms“ in kleinen Gruppen zum informellen Beisammensein im Cyberraum trafen, wurde intensiv diskutiert und auch die persönliche Begegnung kam nicht zu kurz.

### ERÖFFNUNG durch Stabshauptmann Andreas Quirin

Der Bundesvorsitzende der GKS, Stabshauptmann Andreas Quirin, hat die diesjährige Bundeskonferenz mit dem Hinweis eröffnet, dass niemandem die Entscheidung leicht gefallen sei, die Bundeskonferenz digital abzuhalten. Er bedankte sich bei der Bundesgeschäftsführerin der GKS, Frau Regina Bomke, und dem IT-Beauftragten, Herrn Oberstabsfeldwebel a. D. Hubert Berners, ohne deren Einsatz und Arbeit die Umsetzung der digitalen Bundeskonferenz so nicht möglich gewesen wäre. „Mit großer Liebe zum Detail haben sie daran gearbeitet, dass die Säulen Bildung, Begegnung und Besinnung auch über die Bildschirme transportiert werden.“

### „WORTMELDUNGEN können über den Chat gegeben werden.“

Es ist mit Sicherheit das erste Mal gewesen, dass der Vorsitzende des GKS-Sachausschusses Kommunikation, Oberstleutnant Marian Schiebilski, als bewährter und im besten Sinne gewohnter Moderator auf diese Weise zu den Delegierten und Gästen gesprochen hat.

### Die GKS hat „frühzeitig auf das digitale Format gesetzt“

Generalleutnant Dr. Ansgar Riex hat in seinem Grußwort dabei die Außergewöhnlichkeit der diesjährigen Bundeskonferenz betont. Die GKS habe „frühzeitig auf das digitale Format gesetzt“ – und das auch „sehr erfolgreich“, sagte er. General Riex gratulierte den Verantwortlichen zu diesem wichtigen Schritt, denn „alles andere wäre eine Absage gewesen“.

### „Gemeinsam werden wir die Herausforderungen der Nach-Corona-Zeit angehen“

Der Präsident der AKS, Brigadier Mag. Martin Jawurek, unterstrich in seinem Grußwort die seit vielen Jahren bestehenden und auch in Pandemiezeiten guten Beziehungen zwischen seinem Verband und der GKS. In einem Blick auf den eigenen Verband machte er deutlich, dass mit dem Ende der Pandemie viel Arbeit auf seinen Verband, aber auch auf die Kirche als Ganzes zukäme, da es in vielen Bereichen die Notwendigkeit gäbe, sich neu aufzustellen.

### „Die GKS hat eine Brückenfunktion“

Für die Deutsche Kommission Justitia et Pax sprach Dr. Markus Patenge das Grußwort. Er sagte, dass die GKS ein wichtiger Partner sei. Sie habe eine Brückenfunktion, die „wir so sonst nicht leisten können“.

### WAS WAR, WAS SOLL WERDEN? – Zur Lage der GKS

In der Bundeskonferenz ist der „Lagebericht“ von großer Wichtigkeit, denn in ihm wird auf die vergangenen 12 Monate zurückgeschaut, das verbandliche Tun bewertet und daraus Schlüsse für das weitere Vorgehen gezogen. In diesem Jahr wurde der Lagebericht in einer etwas anderen Form präsentiert: Der Moderator interviewte die Entscheidungsträger der Bundesebene, der Bereichsebene und der Sachausschüsse und lockte manche Bewertung des Vergangenen und Aussage zur Zukunft aus ihnen heraus. Der Lagebericht kann auf der GKS-Homepage in Gänze nachgelesen werden.

### DIE BUNDESKONFERENZ hat gewählt

Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Oberstleutnant Frank Nowak, und der IT-Beauftragte der GKS, Oberstabsfeldwebel a. D. Hubert Berners, haben die Teilnehmenden durch die erste digitale Wahl der GKS geführt. Das Ergebnis: Der „alte“ Bundesvorsitzende der GKS, Stabshauptmann Andreas Quirin, ist der neue Bundesvorsitzende, die beiden Stellvertreter\*innen bleiben Hauptfeldwebel Juliana Haberlag und Oberstleutnant Gerd Fridrich.

### „WIR WERDEN MUT BRAUCHEN, Ideen zu entwickeln“

Der Bundesvorsitzende der GKS, Stabshauptmann Andreas Quirin, betonte in seiner Dankesrede, dass die GKS in den nächsten zwei Jahren, Mut brauchen werde, Ideen zu entwickeln. Die GKS ist in einer Umbruchphase und die Steuerung und das Voranbringen dieses Prozesses wird die Hauptaufgabe der nächsten beiden Jahre sein.

### DER MILITÄRBISCHOF „Wir leben in spannenden Zeiten“

Der Militärbischof begann seinen Vortrag mit dem Statement: „Wir leben in spannenden Zeiten!“, um dann weiter zu entfalten, was dies für die GKS bedeuten würde.

Denn sie verdankt sich als Verband gesellschaftlichen und kirchlichen Strukturen, die gerade in radikaler Veränderung sind. Sie befindet sich dadurch im Spagat zwischen den Mitgliedern, die die traditionelle Linie des Verbandslebens schätzen und an ihr festhalten wollen und der Gruppe derer, für die die GKS nur interessant ist wegen ihrer Themen, ihrer inhaltlichen Arbeit und ihrer inhaltlichen Projekte.

Der Militärbischof bat die GKS, sich mit drei wichtigen Themenfeldern, die aus der Sicht des Militärbischofs für die GKS an sich und das Wirken der GKS in der Militärseelsorge entscheidend sind, zu befassen:

1. Stärkung der inhaltlichen Arbeit in die GKS, in die Militärseelsorge und in Gesellschaft und Politik
2. Stärkung des Verbandslebens und der Integrationsfähigkeit der GKS, um geistige und geistliche Heimat sein zu können
3. Stärkung des Gottesdienstes als Mittelpunkt des christlichen Lebens und der christlichen Gemeinschaft

Zum Schluss stellten die Delegierten und Gäste in der durch den Geistlichen Beirat auf Bundesebene, Bernd F. Schaller, zelebrierten und digital übertragenen Heiligen Messe ihr Tun in und für die GKS unter den Segen Gottes.



# Was sind Ihre Ziele in den nächsten zwei Jahren?

Der neue Bundesvorstand antwortet

„Wir haben bereits Dinge auf den Weg gebracht“

Andreas Quirin, Bundesvorsitzender der GKS

Im Rückblick auf die vergangenen beiden Jahre können wir aus meiner Sicht feststellen, dass wir bereits einige Dinge auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben. Diese Entwicklung gilt es weiter zu fördern, um die Zukunft der GKS auch in diesen insgesamt schwierigen Zeiten sichern zu können. Dazu bedarf es insbesondere der richtigen Themen und der richtigen Formate, mit denen wir Soldatinnen und Soldaten, egal ob kirchlich gebunden oder nicht, ansprechen. Hier sollte es nicht unser Ziel sein, zwingend neue Mitglieder für unsere Gemeinschaft zu gewinnen, sondern in erster Linie Menschen davon zu überzeugen, dass wir als GKS auf einem Wertefundament stehen, mit dessen Hilfe wir Möglichkeiten aufzeigen können, Antworten auf Fragen zu finden, die unser Beruf mit sich bringt. Daneben gilt es aber auch, an unsere Mitglieder zu denken. Das durch die Corona-Pandemie fast vollständig zum Erliegen gekommene Leben in den Kreisen und Bereichen muss mit der Unterstützung der Bundesebene wieder angekurbelt und zum Leben erweckt werden. So bieten die örtlichen Strukturen für viele Menschen auch ein Stück Heimat, was wir auch weiterhin bieten wollen und müssen.

„Wir müssen zu unserem Regelbetrieb zurückfinden“

Gerd Fridrich, stellv. Bundesvorsitzender der GKS

Mit dem Ausklingen der Corona-Pandemie müssen wir in erster Linie zu unserem Regelbetrieb zurückfinden. Die Arbeit und die Aktivitäten in den Kreisen kamen seit dem Ausbruch der Pandemie nahezu zum Erliegen. Hierbei müssen wir auch den Fokus auf die neu gegründeten oder kürzlich wiederbelebten Kreise richten, sodass diese wieder den richtigen Anfangsschwung bekommen.

Einer meiner Schwerpunkte ist, gemeinsam mit der AG Zukunft Wege und Möglichkeiten für eine zukünftige Ausrichtung der GKS aufzuzeigen. Wir müssen gute Antworten auf die Fragen finden, was den/die katholische/n Soldat\*in bewegt, interessiert und mit welchen Inhalten und Formaten wir langfristig attraktiv bleiben. In diesem Zusammenhang muss auch das Pilotprojekt U30 – eine bereichsübergreifende Veranstaltung für jüngere Soldat\*innen – endlich stattfinden können. Durch die Pandemie mussten wir es bereits zwei Mal verschieben. Es ist unheimlich wichtig für uns, dass wir auch für die jüngeren Soldat\*innen passende Formate und Themen finden. Außerdem gibt es noch Weiteres, das angepackt werden muss. Also, langweilig wird es nicht!

„Die Basis mitnehmen“

Juliana Haberlag, stellv. Bundesvorsitzende der GKS

Ich halte es in einem Verband für unerlässlich, dass wir die Mitglieder auf unserem Weg mitnehmen. Aus eigener Erfahrung weiß ich: Der Chef kann noch so gute Ideen zum Umsetzen eines Auftrages haben, wenn der Unterbau nicht mitzieht, wird zwar dank der Befehlsgebung das Ziel erreicht, aber nicht in der Qualität, die man auf anderen Wegen hätte erreichen können. Kirche und Glaube im Wandel der Zeit heißt auch für uns neue Wege zu finden und diese in einem Verband für jeden erleb- und greifbar zu machen. Nach der erstmaligen Wahl zur stellv. Bundesvorsitzenden im Jahr 2019 war ich zur Bundeskonferenz Süd eingeladen. Das war damals eine spannende Erfahrung und ich erinnere mich gut, dass ich mit einem unsicheren Gefühl in den Süden fuhr. Was würde man von mir erwarten? Alle Sorgen waren unnötig gewesen, die Begrüßung war herzlich, die Gespräche produktiv und das Kennenlernen der Mitglieder wertvoll. Leider verbot die noch immer aktuelle Lage weitere Treffen wie dieses. Veranstaltungen gibt es aufgrund der Pandemie schon viel zu lange nicht mehr. Deshalb wird ein persönlicher Kontakt in den kommenden zwei Jahren noch viel wichtiger werden. Ich freue mich auf neue Begegnungen, auf den Austausch untereinander und auch auf kritische und hinweisgebende Gespräche.



Foto: Bundeswehr/Tom Twardy

## Zsolt Balla als erster Militärbundesrabbiner ins Amt eingeführt

(KNA) Karrenbauer (CDU): „Das Judentum gehört zur Bundeswehr.“ Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sprach die Ministerin von einem großen Tag, der viel wiege. Erstmals nach rund 100 Jahren und 76 Jahre nach der Schoah gibt es nun wieder Militärrabbiner in den deutschen Streitkräften. Balla bleibt weiterhin auch Landesrabbiner von Sachsen und orthodoxer Gemeinderabbiner in Leipzig. Kramp-Karrenbauer betonte, es gehe nicht nur darum, jüdisches Leben in der Bundeswehr sichtbar zu machen, sondern die jüdische Militärseelsorge richte sich an die gesamte Truppe und schaffe authentische Begegnungen. „Die künftigen Militärrabbiner werden eine wichtige Stütze sein.“ Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte: „Die Bundeswehr hat nichts mit der früheren Wehrmacht gemeinsam, und nur deshalb ist es heute möglich, dass wir einen Militärbundesrabbiner einführen können.“ Die Amtseinführung gebe allen Grund zur Freude und Dankbarkeit und Balla schreibe damit Geschichte. Schuster überreichte ihm in der Synagoge die Ernennungsurkunde sowie einen Toramantel für die Reisetora des künftigen Militärrabbinats, das derzeit in Berlin eingerichtet wird. Ein wichtiger Nebeneffekt der

jüdischen Militärseelsorge sei es, dass Fremdheit gegenüber dem Judentum abgebaut werde. „Sodass - da bin ich mir sicher - Vorurteile gar nicht erst entstehen oder am besten gleich in sich zusammenfallen“, so Schuster. Der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck ergänzte, dass die christliche Militärseelsorge an der Seite der jüdischen stehe, auch im gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus. Er hob hervor, dass die Kirchen die Einführung der Militärrabbiner ausdrücklich unterstützt und mitbefördert hätten. Als Militärbundesrabbiner steht Balla dem entstehenden Militärrabbinat vor und koordiniert die Arbeit von bis zu zehn jüdischen Geistlichen in der Bundeswehr. Frühere Schätzungen gingen von rund 300 Soldaten jüdischen Glaubens in der Bundeswehr aus. Die Religionszugehörigkeit der Soldaten wird nur auf freiwilliger Basis erfasst. Ende 2019 hatten Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und der Zentralrat der Juden in Deutschland einen Staatsvertrag über die jüdische Militärseelsorge unterzeichnet. Seine Struktur ähnelt der von den beiden großen Kirchen verantworteten christlichen Militärseelsorge. ■



**36 Prozent\***  
der Befragten sind zur  
Organspende bereit



# Mehr Bereit- schaft zu Organspende in Pandemie

**D**ie Bereitschaft zu einer Organspende ist in der Zeit der Corona-Pandemie weiter gestiegen. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Krankenkasse Barmer, wie das RedaktionsNetzwerk berichtet. Demnach erklärten 36 Prozent der Befragten, sie seien zur Organspende bereit. 2020 lag der Wert bei 32 Prozent, 2019 bei 23 Prozent. Die Zahl derer, die eine Organspende sicher ausschließen, sank gegenüber dem Vorjahr von 9 auf 6 Prozent; 2019 lag der Wert sogar noch bei 16 Prozent. Laut der Umfrage ist die Bereitschaft zur Organspende insbesondere bei jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren mit 43 Prozent von allen Altersgruppen am höchsten. Am geringsten ist der Wert unter den 39- bis 50-Jährigen (30 Prozent), während 39 Prozent der Frauen zu einer Organspende bereit. ■

Foto: Pixabay





Fotoauswahl und Foto von: Bernd F. Schaller

## Das Wort des Geistlichen Beirats

Auf der Erfahrung der zurückliegenden Monate scheint das Motto dieser Ausgabe „Wer die Wahl hat, hat die Qual!“ für den einen oder die andere nicht wirklich auf der Höhe der Zeit zu sein. Verordnungen, Vorgaben, Vorschriften und „Sondergesetze“ bestimmen und bestimmen unseren Alltag, ließen und lassen keine Wahl. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, die Einhaltung der Abstands- und Hygiene-Regeln, Testpflicht als Voraussetzung für bestimmte Shoppingmöglichkeiten oder Homeoffice-Pflicht in bestimmten Branchen standen und stehen nicht zur Disposition. Wer sich gegen die Vorgaben entscheidet, muss mit Sanktionen rechnen. Wahl schaut anders aus. Und wenn keine kulturellen Angebote zur Verfügung stehen, wenn der Restaurantbesuch verboten ist, das Fitnessstudio nicht öffnen darf und die Gesangs- oder Musikproben nicht stattfinden können, dann kann ich nicht entscheiden, dann habe ich keine Wahl. Und wer keine Wahl hat, hat auch keine Qual. Also: In dieser Ausgabe des AUFTRAGS Thema verfehlt? Es ist wie so oft im Leben: Nur weil konkret gerade Ausnahmezustand herrscht, verlieren Grunderfahrungen und bestimmte Wahrheiten nicht automatisch ihre Bedeutung. Und wenn wir ehrlich sind und mit offenen Karten spielen, dann muss jeder von uns zugeben, dass er nicht nur einmal in seinem Leben die Erfahrung machen musste: Wer die Wahl hat, hat die Qual! Und was sich zunächst spektakulär anhört, kann im Alltag ganz einfach, beinahe unauffällig daherkommen. Der Blick in die Speisekarte beim Italiener, die Frage, welches der angebotenen T-Shirts im Bekleidungsgeschäft nehme ich und in welcher Farbe, soll es als Geburtstagsgeschenk für die Freundin ein Buch, Blumen oder doch ein Gutschein sein – Wahl und Qual.

Selbstverständlich gibt es deutlich schwerwiegendere Beispiele, wo wir damit konfrontiert werden: Automarke, Wohneigentum oder Miete, Gründung einer Familie oder weiterhin Singledasein, Karriere oder so weitermachen wie bisher? Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Wenn sich die Frage stellt, ob ich die Krebsbehandlung akzeptiere oder es ohne versuche, oder ob ich als Betreuer zu wählen habe, ob lebensverlängernde Maßnahmen bei dem zu Betreuenden durchgeführt werden oder nicht, dann wird es existenziell, lebensentscheidend. Wollte man das Spannungsfeld zwischen Wahl und Qual in einem Zeichen oder Symbol darstellen, dann wäre wohl das Fragezeichen das geeignetste. Denn bei jeder Wahl eröffnen sich Fragen, müssen mögliche Auswirkungen und Konsequenzen schon im Voraus bedacht werden, bevor es zu einer Festlegung kommt. Hinterfragen, abfragen, befragen ist angesagt. Die Möglichkeit, allein zu einem Ergebnis zu kommen oder andere einzubeziehen, stellt mich ja ebenfalls



Foto: Doreen Biedel

**Militärdekan Bernd F. Schaller**  
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

### „Verantwortung ist das Zauberwort“

vor eine Wahl, die mit dem eigentlichen Grund gar nichts zu tun zu haben scheint. Und weil wir in unserem Leben immer wieder neu vor die Wahl gestellt werden, was schon selbstverständlich ist, übersehen wir bei Wer die Wahl hat, hat die Qual! gerne, dass in diesem Fall die Voraussetzung für die Qual die Wahl ist, das heißt, dass eine Auswahl besteht, ich nicht von vorneherein schon festgelegt bin, ich in den allermeisten Fällen auswählen kann.

Und so können wir feststellen, dass die Titelauswahl des aktuellen AUFTRAG mit Bedacht gewählt wurde. Was fehlende Auswahl bedeutet, konnten wir alle in den hinter uns liegenden Zeiten oft hautnah erfahren. Deshalb kann uns dieser Umstand deutlich zeigen, dass es ganz und gar nicht selbstverständlich ist, die Wahl zu haben und sich damit zu „quälen“, eine Entscheidung herbeizuführen. Für den Großteil der Menschen auf dieser Welt gibt es nur wenige Möglichkeiten, aus denen sie wählen können, viele haben keine Wahl. Sie würden gerne die „Qual der Wahl“ in Kauf nehmen, haben aber gar keine Chance. In einer globalen Welt nehmen sie allerdings auf den unterschiedlichsten Informationswegen zur Kenntnis, dass es in manchen Gegenden eine für sie nie dagewesene Auswahl gibt, und sie setzen viel aufs Spiel – nicht selten sogar ihr Leben –, um an die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten zu kommen, die es in dieser Welt gibt. Wer die Wahl hat, hat die Qual! Das aber hat zur Folge, ja verpflichtet uns auch, dass wir dankbar sind für die vielfältigen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, und sie nicht als Selbstverständlichkeiten ansehen. Verantwortung ist hierbei das Zauberwort, das uns gerade als Christen, die aus einem Wertefundament heraus leben, in besonderer Weise fordert, wenn wir wieder einmal zu der Erkenntnis kommen: Wer die Wahl hat, hat die Qual! ■





Foto: Shutterstock

# Wie wollen die Poli- tiker\*innen Deutschland verteidigen?

In der Verteidigungspolitik spalten sich die Geister. Während Die Linke die Bundeswehr abrüsten und die Truppen aus allen Kampfeinsätzen abziehen möchte, befürworten Union, SPD, FDP und Grüne die Zusammenarbeit der EU-Staaten in der Sicherheitspolitik. Wir haben mit einigen Politiker\*innen darüber und zu weiteren Themen gesprochen. >>



# DIE GKS FRAGT ...

Welche Themen liegen Ihnen am meisten am Herzen? Auf welchem Gebiet sehen Sie ganz dringend Handlungsbedarf?

Die Pandemie hat noch mal aufgezeigt, woran es in Deutschland hakt. Diesen Herausforderungen müssen wir uns nun umso mehr stellen. Erstens ist die Modernisierung des Staates dringend notwendig, damit er sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann. Dazu zähle ich auch die Garantie innerer wie äußerer Sicherheit. Zweitens: Chancengleichheit in der Bildung, unabhängig vom sozialen Status des Elternhauses, steht in unserem Land allzu oft nur auf dem Papier. Deshalb brauchen wir die Modernisierung und Digitalisierung unserer Schulen und Lerninhalte. Und drittens müssen wir gerade für die Zeit nach der Krise unsere soziale Marktwirtschaft stärken. Denn große Aufgaben warten auf uns, zum Beispiel beim Klimaschutz. Unser Land braucht Investitionen. Der Staat aber ist in der Regel nicht der bessere Investor. Völlig falsch wäre es also, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit immer neuen Steuern und Abgaben zu belegen. Schon jetzt ist Deutschland ein Höchststeuerland. Stattdessen brauchen wir Anreize für Investitionen, damit wir beim Schutz des Klimas, der Alterung unserer Gesellschaft oder der digitalen Transformation besser aufgestellt sind.

Häufig wird davon gesprochen, dass Europa ein stärkeres Gewicht bei der Herstellung seiner Sicherheit erhalten müsste. Wie kann dies aus Ihrer Sicht erreicht werden?

Wir brauchen mehr europäische Lösungen, wo es sinnvoll ist. Dazu wollen wir insbesondere eine echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang auch für eine Stärkung der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik ein. Gerade im Umgang mit autoritären Staaten brauchen wir ein Europa, das außen- und sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht. Deswegen befürworten wir Mehrheitsentscheidungen in der EU-Außenpolitik.

Die Mitgliedstaaten der NATO haben sich dazu verpflichtet, sich bis 2024 auf Verteidigungsausgaben von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zuzubewegen. Wie steht Ihre Partei zu dieser Verpflichtung? Wie wollen Sie den Verteidigungshaushalt gestalten? Wieviel Geld wollen Sie einsetzen und wo sehen Sie die Schwerpunkte des finanziellen Einsatzes?

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes 3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert. Damit wollen wir unsere in der Nato eingegangenen Verpflichtungen erfüllen, unsere Entwicklungspolitik verstetigen und die Diplomatie stärken. Die NATO ist für unsere Sicherheit unabdingbar. Sie soll auch künftig unsere Sicherheit garantieren. Die zentralen Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau tragen wir in vollem Umfang mit: die Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO durch Finanzmittel, Fähigkeiten und Beiträge, einhergehend mit gleichzeitigem Dialog mit Russland. Darüber hinaus wollen wir das Bündnis strategisch weiterentwickeln. Dazu gehört für uns eine klare Strategie im Umgang mit der Volksrepublik China sowie die Kooperation und Zusammenarbeit der Nato mit demokratischen Partnerstaaten im indopazifischen Raum.

## ... Christian Lindner Vorsitzender der FDP



Foto: Staufen.ag

Stichwort Klimaschutz: Was wird dank Ihnen in vier Jahren anders sein?

Wir dürfen nicht mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen, als in Paris vereinbart wurde. Die Herausforderung besteht darin, innerhalb dieses gesetzten Limits CO<sub>2</sub> an der jeweils günstigsten Stelle einzusparen. Wenn es nach den Freien Demokraten in den kommenden vier Jahren geht, schlagen wir folgenden Ausgleich vor: Wer CO<sub>2</sub> verbrauchen will, muss sich dafür Erlaubnisscheine kaufen. Das setzt Anreize für die Entwicklung klimafreundlicher Technologien. Und wir sollten beim Klimaschutz groß denken. Wir Freien Demokraten schlagen daher ein transatlantisches Emissionshandelssystem zwischen den USA und der EU vor. Das könnte Vorbild für einen späteren globalen Emissionshandel sein.

Nach 20 Jahren endet der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Wie bewertet Ihre Partei den Bundeswehreinsatz und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für künftiges Engagement deutscher Soldatinnen und Soldaten in Krisengebieten?

Seit Jahren fordert die Fraktion der Freien Demokraten eine unabhängige, politische, militärische und strategische Evaluierung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, was die Bundesregierung der Opposition, aber auch den Bürgern unseres Landes bis heute schuldig bleibt. Kriseneinsätze brauchen eine Strategie, realistische Ziele und klare Zeitlinien. Bei der Frage des Abzugs muss die Bundeswehr in enger Abstimmung mit den NATO-Partnern schnell und sicher zurück. Jedoch hat die Sicherheit der Soldat\*innen Priorität vor der Schnelligkeit des Abzuges. ■

Vielen Dank für das Interview!



# DIE GKS FRAGT Gabriela Heinrich

## Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag



Foto: Steie Knoll

Welche Themen liegen Ihnen am meisten am Herzen? Auf welchem Gebiet sehen Sie ganz dringend Handlungsbedarf? Häufig wird davon gesprochen, dass Europa ein stärkeres Gewicht bei der Herstellung seiner eigenen Sicherheit erhalten müsste. Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Wie kann dies aus Ihrer Sicht erreicht werden?

Nur mit einer solidarischen und souveränen Europäischen Union sind wir in der Lage, in einer multipolaren Welt unsere Eigenständigkeit zu bewahren und unserer Vision einer demokratischen, gerechten und nachhaltigen Zukunft näherzukommen. Dabei muss die EU auch außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger und handlungsfähiger werden – in Ergänzung zur NATO, die für Europas Sicherheit unverzichtbar bleibt. Um die europäische Zusammenarbeit in diesen Bereichen auszubauen, sind insbesondere folgende Schritte entscheidend: Die Einführung von Mehrheitsentscheiden in der Außenpolitik, die Stärkung des Amtes des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die Weiterentwicklung neuer Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für Europa, eine tiefgehende Kooperation im Bereich neuer Technologien sowie eine gemeinsame und konzeptionell neu ausgerichtete europäische Nachbarschaftspolitik.

Die Mitgliedstaaten der NATO haben sich dazu verpflichtet, sich bis 2024 auf Verteidigungsausgaben von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zuzubewegen. Wie steht Ihre Partei zu dieser Verpflichtung? Wie wollen Sie, wenn Sie in die Regierungsverantwortung kommen, den Verteidigungshaushalt gestalten? Wieviel Geld wollen Sie einsetzen und wo sehen Sie die Schwerpunkte des finanziellen Einsatzes?

Die Bundeswehr leistet heute einen verantwortungsvollen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung – und verdient dafür die bestmögliche Ausstattung. Nachdem die Bundeswehr in der Vergangenheit massiv zusammengespart wurde, konnten wir die Investitionen im Verteidigungshaushalt schrittweise erhöhen und wichtige Beschaffungsvorhaben vorantreiben. Bei der Gestaltung des Verteidigungshaushalts orientieren wir uns an den erforderlichen militärischen Fähigkeiten, damit unsere Soldatinnen und Soldaten ihre vielfältigen Aufgaben zusammen – in fairer Lastenteilung – mit unseren Partnern in Europa und der NATO erfüllen können.

**Stichwort Klimaschutz: Was wird dank Ihnen in vier Jahren anders sein als heute?**

Es ist offensichtlich: Der Klimawandel hat auch sicherheitspolitische Auswirkungen. Wo natürliche Lebensgrundlagen sowie die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen bedroht werden, verschärfen sich bestehende Konflikte und neue soziale Spannungen entstehen. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir die globale Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen, die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen einlösen. In den kommenden Jahren werden wir in Deutschland die erneuerbaren Energien massiv ausbauen, das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas schaffen und

die Unternehmen in Industrie und Mittelstand auf dem Weg hin zu Klimaneutralität begleiten. Gleichzeitig setzen wir uns für sozial gerechte Maßnahmen ein, damit der Klimaschutz für alle Bürgerinnen und Bürger gut funktioniert.

**Nach 20 Jahren endet in diesen Monaten der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Wie bewertet Ihre Partei den Bundeswehreinsatz in Afghanistan und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus für zukünftiges Engagement deutscher Soldatinnen und Soldaten in Krisengebieten?**

Wie kein anderer Einsatz in ihrer Geschichte hat dabei das 20-jährige militärische Engagement in Afghanistan zu einer Neuausrichtung der Bundeswehr geführt. Das Kernziel des Militäreinsatzes nach dem 11. September 2001 ist heute erreicht: Afghanistan bietet Al-Qaida aktuell kein Rückzugsgebiet mehr, um Terroranschläge aus dem Land heraus zu planen. Aber auch nach dem Abzug der Bundeswehr werden wir unser ziviles Engagement im Land weiterführen und die afghanischen Sicherheitskräfte unterstützen. Bei künftigen Einsätzen müssen die Ziele und das Vorgehen der unterschiedlichen internationalen Partner noch besser aufeinander abgestimmt werden, um einen stärkeren strategischen Konsens und ein kohärenteres Vorgehen zu erreichen. Den Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan gedient haben, gebührt unser Dank und unsere Anerkennung. Es ist – auch mit Blick auf künftige Einsätze – entscheidend, dass ihnen der Sinn und das Ziel ihres Einsatzes klar ist und er von der Öffentlichkeit entsprechend gewürdigt wird. Um mit einer detaillierten Gesamtevaluierung wertvolle Lehren für die Zukunft zu ziehen und den vernetzten Ansatz weiterzuentwickeln, fordern wir, dass der Bundestag in der kommenden Legislaturperiode eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung des 20-jährigen deutschen Engagements in Afghanistan einsetzt. Deutschland nimmt bei der Sicherung von Frieden, der Krisenprävention und Konfliktbewältigung eine weltweite Führungsrolle ein. Doch wir wollen unsere Anstrengungen für die Friedensförderung und die zivile Krisenprävention noch weiter ausbauen, unter anderem mit einer Stärkung des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und der Ausbildung von Friedensemissären, die sich weltweit in Friedensverhandlungen engagieren. Um Friedensprozesse nachhaltig zu gestalten, müssen Frauen in sämtliche Aushandlungsprozesse einbezogen werden. Die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ wie auch die VN-Frauenrechtskonvention müssen konsequent umgesetzt bzw. angewendet und – wenn nötig – weiterentwickelt werden. ■

**Vielen Dank für das Interview!**

## Zusammenfassung der Positionen zur Bundeswehr aus dem Wahlprogramm 2021 anderer Parteien:

Die folgenden Parteien standen für ein Gespräch mit der GKS nicht zur Verfügung

### Union

Die Union bekennt sich zum 2-Prozent-Ziel der NATO und zeigt sich entschlossen bezüglich der Fortsetzung der nuklearen Teilhabe im Bündnis. Sie kündigt an, dafür auch die notwendigen Mittel (z. B. für neue Kampfflugzeuge) auszugeben. Außerdem schlug der Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet schon vor einigen Wochen in seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt vor, „der außen- und sicherheitspolitische Koordinierung, strategische Vorschau und nachrichtendienstliche Erkenntnisse des Bundes und der Länder zusammenführt.“ Die Union bekennt sich zu einer aktiveren Außenpolitik, falls nötig auch militärisch.

### Grüne

Die Grünen stehen für Frieden, Abrüstung, kooperative Sicherheit und eine Kultur der militärischen Zurückhaltung sowie eine Stärkung der Parlamentsrechte. Die Politik zielt darauf ab, Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Sie fordern, die zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik zu stellen, sich engagiert für Abrüstung einzusetzen und keine Waffen in Krisenregionen zu liefern. Die Bundeswehr soll ihren Beitrag zur internationalen Friedenssicherung leisten. Sie muss dabei in einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit agieren – vorrangig unter Federführung der Vereinten Nationen.

### AfD

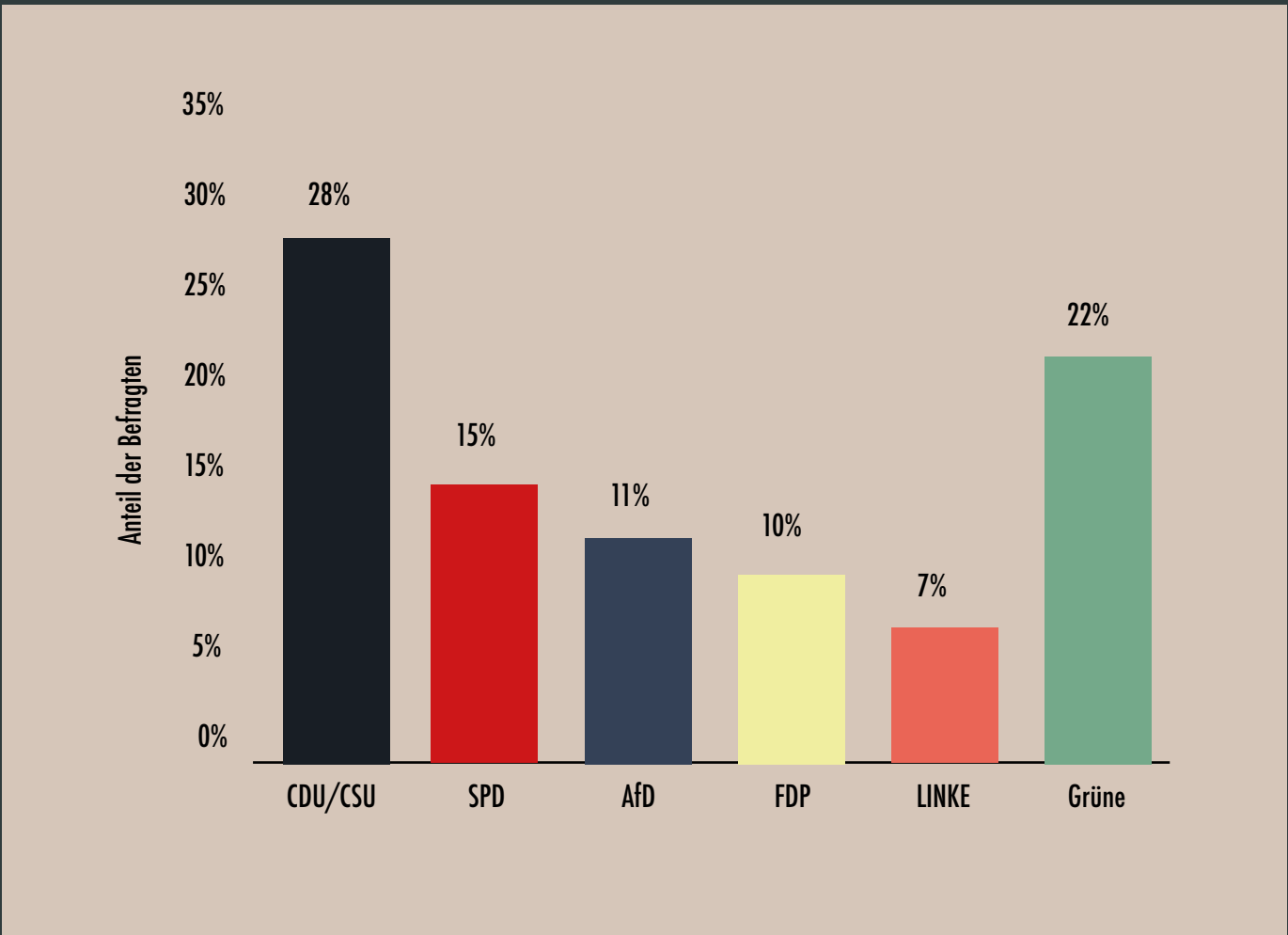
Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den Aufbau eines Grenzschutzes. Die Bundeswehr soll so aufgestellt sein, dass Deutschland sich selbst verteidigen kann. Ziel der AfD ist eine Einsatzbereitschaft der Streitkräfte auch „bei Einsätzen mit höchster Intensität“. Einsätze der Bundeswehr für fremde Interessen lehnt die Partei ebenso wie eine EU-Armee strikt ab.



UMFRAGE

# Wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Nach der aktuellen Sonntagsfrage des ZDF-Politbarometers würden 28 Prozent der befragten Personen die CDU/CSU wählen, wenn am nächsten Sonntag (Stand: 13. Juni 2021) Bundestagswahl wäre. Damit hätte die Partei sich gegenüber ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl vom 24. September 2017, bei der sie 32,9 Prozent der Stimmen erhielt, etwas verschlechtert.



Quelle: Statistika

INTERWIEV mit Dr. Bartsch, Die Linke

# „Es wäre ein Erfolg, wenn wieder über Abrüstung diskutiert würde“

Das Gespräch führten Regina Bomke und Nadin Schley

Herr Dr. Bartsch, die Mehrheit Ihrer Partei und insbesondere der Parteivorstand treten vehement dafür ein, dass die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen abgezogen werden muss. Hierbei wird keine Differenzierung, auch nicht bezüglich friedenserhaltender Maßnahmen unter UN-Mandat, vorgenommen. Wie sehen Sie die Verantwortung eines so großen und in vielen Bereichen mächtigen Landes wie Deutschland für die Erhaltung der Sicherheit und Freiheit der Völker und des Lebens der Menschen?

Ihre Wahrnehmung ist nicht ganz korrekt. Vorrang haben bei uns zunächst die Kriegseinsätze. Natürlich gibt es einen Unterschied, ob die Bundeswehr an einer Mission beteiligt ist, die einen Waffenstillstand beobachten oder illegalen Waffenhandel unterbinden soll, oder ob sie sich weiterhin in Afghanistan an einem Krieg beteiligt. Sowohl aus normativen Gründen als auch aus reinen Gründen des Alltagsverstands wollen wir den Abzug aus Kriegseinsätzen. Also die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes hat gegenüber UNIFIL eindeutigen Vorrang.

Schwächen Sie mit der strikten Verweigerung der Unterstützung, auch durch militärische Kräfte, nicht die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen und letztlich die Vereinten Nationen an sich und damit die einzige legitime Institution, welche die Chance bietet, für weltweiten Frieden, Völkerverständigung, Gerechtigkeit und Freiheit eintreten zu können?

Ich denke, die letzten, die die UNO schwächen, sind wir. Die Schwächung der UNO betreiben diejenigen, die so tun, als könne man friedensgefährdende Entwicklungen nur durch Kriegseinsätze beenden. Wenn man damit nicht durchkommt, wie beim Jugoslawienkrieg 1999 oder beim Irakkrieg unter George W. Bush, zimmert man sich dann

eine Selbstlegitimation. Der Einsatz in Afghanistan, bevor es die ISAF gab, stand auf einer äußerst fragwürdigen Grundlage. Auch hat der Sicherheitsrat selbst oft genug versagt. Zum Thema „Islamischer Staat“ gab es zwar eine Resolution, aber die war nicht mehr wert als ein paar Ermahnungen.

Sie rufen in Ihrem Wahlprogramm dazu auf, im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militärausgaben um 10 Prozent zu senken. Und ergänzen, dass, wenn alle Staaten das gleichzeitig täten, die relative Sicherheit für jedes Land gleich bliebe – und auf einen Schlag 183 Milliarden Dollar freigesetzt würden, um die Corona-Folgen zu finanzieren. Wie gehen Sie damit um, wenn Sie nach der Wahl aus der vielleicht harten, aber konsequenzlos-bequemen Oppositionsbank auf die Regierungsbank wechseln würden? Insbesondere mit dem Ungleichgewicht, das bei einer solchen Einsparung einseitig nur auf deutscher Seite bei der Sicherheitslage zu Lasten unseres Landes entstünde? Und mit den dramatischen Folgen, die ein solches Vorgehen für das Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit auf der Seite der Partner in Europa und der Nato hätte?

Sicher müssten solche Vorschläge diskutiert werden. Es wäre ein Erfolg, wenn wieder über Abrüstung diskutiert würde. Ich widerspreche vehement der Aussage, dass eine einseitige Abrüstung auf Kosten der Sicherheit Deutschlands ginge. Deutschland ist ein Land, das zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hat, ganz Europa in Schutt und Asche gelegt hat und das schon deshalb sehr besonnen mit Fragen von Krieg und Frieden umgehen sollte. Perspektivisch geht Aufrüstung auf Kosten der Sicherheit von Staaten in Europa wie einst beim „Kalten Krieg“. Deshalb gab es dann die Entspannungspolitik. Wir stehen gerade am Beginn eines neuen Wettrüstens. Was die „Zuverlässigkeit“ betrifft: Man kann sich darauf verlassen, dass Friedensinitiativen, wenn sie von uns kommen sollten, ernst gemeint sind. Die Vorstellungen jedenfalls, die z. B. Robert Habeck gerade propagiert, dass eine Aufrüstung der Ukraine Frieden sichern würde, ist nicht nur falsch, sie ist abenteuerlich. >>



# „Aus einem 'ohne Russland' kann schnell ein 'gegen Russland' werden.“

Bereits jetzt klagen viele Soldat\*innen über fehlende, schlechte oder veraltete Ausrüstung. Das schadet nicht nur der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, sondern gefährdet auch die Soldatinnen und Soldaten. Wie erklären Sie diesen, dass Sie weitere massive Einsparungen im Verteidigungshaushalt vornehmen wollen?

Es geht darum, die Sicherheit von Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen. Die wäre auch nötig, wenn kein Auslandseinsatz mehr stattfinden müsste. Aber hier muss ich fragen: Was haben denn die CDU- und CSU-Ministerinnen und -Minister gemacht? Fragen Sie die doch erst einmal. Wer verantwortet denn die jetzigen Missstände?

Der Einsatz bewaffneter Drohnen ist in vielen Armeen dieser Welt bereits Realität. „Targeted killing“, also das gezielte Töten eines Menschen durch Drohneneinsatz, ist, genau wie die Fernsteuerung der Drohne von außerhalb des Kampfgebietes, nach deutschem Recht verboten. Dies unterstützen wir. Aber als betroffene Soldatinnen und Soldaten fordern wir, endlich die Heron TP zu bewaffnen, um eine größere Sicherheit für die Soldatinnen und Soldaten am Boden im Einsatz zu erreichen. Sie lehnen die Bewaffnung der Drohnen generell ab. Wie begründen Sie dies, insbesondere mit Blick auf den dadurch nicht möglichen Schutz der Soldatinnen und Soldaten?

Wir begründen das damit, dass wir mit dem Missbrauch bewaffneter Drohnen rechnen müssen.

Wie stehen Sie gesellschaftlich zur/zum Soldatin/Soldaten als Staatsbürger\*in in Uniform?

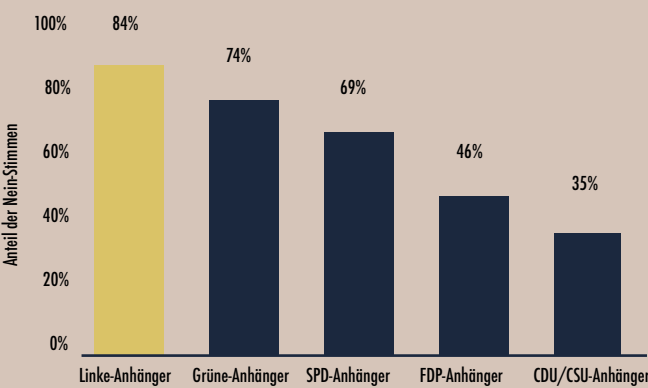
Das ist ein sinnvolles Konzept. Gerade angesichts zunehmender rechtsradikaler „Einzelfälle“ scheint mir seine Umsetzung überarbeitungsbedürftig zu sein.

Im Programm der LINKEN steht, dass Sie und Ihre Partei die Umwandlung der NATO in ein System kollektiver Sicherheit unter Einschluss Russlands möchten. Was bedeutet das? Würden Sie das bitte erläutern?

Ausgangspunkt ist, dass eine von pazifistischen Linken geforderte Auflösung der NATO allein daran scheitern würde, dass die NATO bislang den Menschen ein Sicherheitsgefühl vermittelt hat. Würde man also eine bloße Auflösungsforderung stellen, wäre man damit ganz schnell ziemlich allein, weil man Sicherheitsbedürfnisse ignorieren würde. Der zweite Ausgangspunkt ist, dass wir hier in Europa dauerhaft nicht Sicherheit gegen Russland schaf-

fen können, sondern nur mit diesem Land, welches das größte europäische Land ist. Nun gibt es mehrere Staatenorganisationen in Europa neben der NATO. Da wäre die EU, die ja auch eine sicherheitspolitische Komponente hat. Eine Sicherheitsarchitektur, die sich statt auf die NATO auf die EU gründen würde, hätte letztlich das gleiche Problem wie die NATO: Russland ist nicht dabei. Aus einem „ohne Russland“ kann schnell ein „gegen Russland“ werden. Der Europarat ist inklusiv, Russland und andere ehemalige Sowjetrepubliken wirken dort mit. Der Europarat ist aber in hohem Maße menschenrechtlich aktiv, in nur geringem Maße sicherheitspolitisch. Die OSZE umfasst schließlich alle europäischen Staaten, einschließlich der ehemaligen Sowjetrepubliken. Mit Hilfe der OSZE lassen sich Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion besser lösen als mithilfe der NATO, obwohl innerhalb der OSZE auch NATO-Staaten mitwirken. Die OSZE ist eine Organisation mit guten Voraussetzungen. Man muss sie allerdings stärken. Spätestens seit dem Kosovo-Krieg ist deutlich geworden, wer das Sagen hat. Deshalb benötigen wir hierbei einen neuen Anlauf. Aus meiner Sicht wäre die OSZE ausbaufähig zu einem kooperativen Sicherheitssystem, in dem Bedrohungsängste abgebaut werden könnten.

## Soll die Bundeswehr bewaffnete Drohnen einsetzen dürfen?



Die Grafik zeigt das Ergebnis einer Umfrage zum Einsatz von bewaffneten Drohnen durch die Bundeswehr. Dabei werden die ablehnenden Stimmen nach Parteipräferenz betrachtet. 84 Prozent der befragten Linke-Anhänger waren der Meinung, dass die Bundeswehr keine bewaffneten Drohnen einsetzen dürfen soll. Quelle: Statistika



Dr. Dietmar Bartsch, DIE Linke, Foto: DBT/Inga Haar

Ihre Partei fordert den NATO-Austritt bzw. die Transformation der NATO. Ganz konkret: Wie würde ein linker Verteidigungsminister\*in vorgehen, um die Bundeswehr aus der NATO zu führen?

Die Forderung nach einem NATO-Austritt ist nicht Beschlusslage. Auch die Auflösung der NATO denken wir uns nur verkoppelt mit einem alternativen Sicherheitssystem, wie oben geschildert. Alles andere sind Mythen, die unsere politischen Konkurrenten gern erzählen.

Matthias Höhn, der sicherheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, skizzierte ein konträres sicherheitspolitisches Programm. Er schließt beispielsweise einen Einsatz der Bundeswehr bei friedenserhaltenden UN-Missionen nicht aus und tritt für eine europäische Ebene der Sicherheitspolitik ein. Die Vize-Fraktionschefin Heike Hänsel sieht in Höhns Vorstoß einen „Angriff auf die friedenspolitischen Grundpositionen“ der LINKEN. Ist die LINKE überhaupt regierungsfähig, wenn sie intern von so grundlegenden Auseinandersetzungen geprägt ist?

Mal umgekehrt gefragt: Wie regierungsfähig ist eigentlich eine Partei, die Debatten einstellt? Ich habe da historische Erfahrungen aus einem anderen Gesellschaftssystem. Und ja, die LINKE ist bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Wie verlässlich sind Ihre Aussagen im Wahlprogramm, wenn es nach dem 26. September tatsächlich zu Koalitionsverhandlungen käme?

Programmatische Aussagen sind immer eine Art Kompass. Falls es zu Sondierungen kommen sollte, wird sich zeigen, wie weit wir kommen. Kompromisse muss man machen, sonst ist man nicht demokratiefähig. Kompromisse dürfen aber nicht in die falsche Richtung gehen. Dann macht man seine Prinzipien kaputt.

SPD-Kanzlerkandidat, Olaf Scholz, widerspricht Ihrer Regierungsfähigkeit ja, indem er sagt: „Wer regieren will, muss regierungsfähig sein!“ Was sagen Sie dazu?

Das finde ich lächerlich. Jede Partei, die regieren will, ist grundsätzlich regierungsfähig. Die LINKE ist regierungsfähig. Die Frage ist aber immer die: Wozu, mit welchen Zielen will eine Partei regieren? Bei der LINKEN ist das klar. Wir wollen eine sozial gerechte Republik, die neue friedenspolitische Impulse geben sollte. Beides ist dringend nötig. ■

Vielen Dank für das Interview!



F60 ist die Serienbezeichnung von fünf Förderbrücken im Lausitzer Braunkohletagebau. Sie wurden vom ehemaligen VEB TAKRAF in Lauchhammer gebaut und sind die größten beweglichen technischen Arbeitsmaschinen der Welt.

# Schicht im Schacht! Strukturwandel als Chance?

Die Reste der Kohleindustrie sollen stillgelegt werden, damit Deutschland seine Emissionsziele erreicht. **Was bedeutet diese Perspektive für die Tagebauregion Lausitz?**

Ein Text von Dr. Klaus Freytag und Sandra Langhof-Siewert

**D**as Lausitzer Revier ist seit Jahrzehnten bedeutende Energieregion im Herzen Europas und wirtschaftlich, ökologisch und sozial entsprechend gewachsen. Die Lausitz befindet sich in der Mitte Europas mit Einbindung nach Polen (Lebuser Land und Niederschlesien) und den Norden Tschechien im Süden von Brandenburg. Das Gebiet erstreckt sich auf deutscher Seite dabei sowohl auf das Bundesland Brandenburg (Niederlausitz) als auch auf den Freistaat Sachsen (Oberlausitz). Auf kommunaler Ebene werden insgesamt sechs Landkreise und eine kreisfreie Stadt zur Gebietskulisse der Lausitz gezählt, wobei sich die Landkreise Bautzen und Görlitz im sächsischen Teil befinden, während die kreisfreie Stadt Cottbus sowie die Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster und Dahme-Spreewald sich in Brandenburg befinden.

Mit der Entscheidung der deutschen Bundesregierung, aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, verbindet sich ein historischer Strukturwandel, der das Lausitzer Revier in den nächsten Jahren in vielerlei Hinsicht herausfordert. Einen ersten großen Umbruch erlebte der Industriezweig der Braunkohleförderung und -verstromung in den 1990er-Jahren mit der Stilllegung von mehr als zehn Großtagebauen innerhalb kurzer Zeit. Die verbliebenen vier Großtagebaue laufen bis

zum Jahr 2038 schrittweise aus. Damit steht die Lausitz nach dem Mauerfall erneut vor einer umfassenden Transformation, diesmal geplant und gut vorbereitet. Es gilt, neue wirtschaftliche Perspektiven für die Region zu schaffen, wobei gerade die industrielle Prägung der Wirtschaft zu erhalten ist. Im Jahr 2019 waren insgesamt 8.116 Personen direkt im Lausitzer Braunkohlerevier (Brandenburg und Sachsen) beschäftigt. Zählt man die indirekten Beschäftigungseffekte mit, sind es 13.000 Personen. Es sind spezialisierte regionale Wertschöpfungsketten entstanden, die eng mit der Kohle- und Energiewirtschaft verbunden sind. Zudem hat die Lausitz eine intensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung mit dörflichen bis kleinstädtischen Strukturen. In der gegenwärtigen Strukturentwicklung der Lausitz geht es nicht nur um die Verhinderung von steigender Arbeitslosigkeit durch den Wegfall des wichtigen Industriezweiges, sondern um die proaktive Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt und die sozial- und umweltverträgliche Schaffung regionaler Perspektiven ohne die Braunkohleverstromung.

Der brandenburgische Entwicklungsansatz für die Lausitz ist sehr offen und prozessorientiert gestaltet. Die in der Kohleregion liegenden Landkreise und Kommunen sind von Anfang an in die Planungen für die Zeit nach der Kohleförderung eingebunden. Festgeschrieben ist der Transformationsprozess für die brandenburgische Lausitz im Lausitzprogramm 2038, dem Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess. >>



**„In der Lausitz wird das Thema  
Gesundheit eine prominente  
Rolle spielen.“**

Seitens der Bundesregierung wurde das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG) als gesetzliche Grundlage für die Finanzhilfen in den Revieren aufgelegt und verabschiedet. Die Länder Sachsen und Brandenburg haben im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzes ein gemeinsames Leitbild für die Strukturentwicklung formuliert. Das Gesetz als Mantelgesetz gliedert sich mit dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG, Artikel 1 StStG) in zwei Förderarme.

Der erste Förderarm, der sogenannte Landesarm, umfasst Finanzhilfen, deren Umsetzung in der Zuständigkeit des betreffenden Bundeslandes liegen. Der Bund unterstützt die Strukturentwicklung mit Maßnahmen in eigener Zuständigkeit, die im zweiten Arm, dem sogenannten Bundesarm, geregelt sind. Die Schwerpunkte der Fördermaßnahmen im Bundesarm liegen im Ausbau der Infrastruktur und der Logistik, der Schaffung von Industriearbeitsplätzen, der Stärkung und Vernetzung von Forschung und Wissenschaft sowie der Ansiedlung von Bundeseinrichtungen. So wird in der Lausitz beispielsweise das Thema Gesundheit eine prominenter Rolle spielen. Mit dem geplanten Aufbau einer universitären Mediziner- ausbildung in der Lausitz werden beste Voraussetzungen geschaffen werden, zusammen mit den bestehenden Studiengängen der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg im Bereich Gesundheit, um eine langfristige Versorgung mit dringend benötigten Fachkräften zu erzielen. Geplant ist der Ausbau des bestehenden Cottbus-er Carl-Thiem-Klinikums zu einem digitalen Leitkrankenhaus, von dem aus sich Netzwerke in die Region verteilen, um so die Versorgung der vorwiegend ländlich geprägten Regionen sicherzustellen. Ein weiteres Leuchtturmprojekt wird der Ausbau des Deutsche Bahn Instandhaltungswerkes in Cottbus sein. Hier soll in den nächsten Jahren die neueste Generation der ICE-Züge gewartet werden. Mit diesem Werk werden direkt industrielle Arbeitsplätze geschaffen.

Als weitere Maßnahme aus dem Bundesarm ist der Aufbau eines Instituts im Bereich der alternativen Antriebssysteme und klimaneutralen Kraftstoffe in Zusammenarbeit von Universität und Wirtschaft geplant. Im Mittelpunkt steht die Optimierung von Flugtriebwerken und ihren Entwicklungsprozessen, namenhafte Unternehmen wie BASF, Lufthansa und Rolls Royce sind hier beteiligt.

Ergänzt werden diese Projekte durch die Ansiedlungen wie die Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie (IEG), einen Wissenschaftspark und ein Kompetenzzentrum für Klimaschutz in energieintensiven Industri-

en im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Ein komplementäres Projekt aus dem Länderarm ist CHESCO - Center for Hybrid Electric Systems Cottbus des Antragstellers BTU Cottbus-Senftenberg. Mit CHESCO soll ein europaweit, wenn nicht weltweit, einzigartiges Zentrum zur Erforschung hybrid-elektrischer und elektrischer Antriebe als eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der BTU Cottbus-Senftenberg etabliert werden. Geplant sind ein Research-Center, in dem mittel- und längerfristig angelegte Forschung betrieben wird, ein Fast-Make Electrification Research Center (F-MERC) für die Fertigung von Bauteilen für elektrische Komponenten sowie Bauteile für Gasturbinen und ein Test-Center zur Durchführung von System- und Komponentenuntersuchungen. Letzteres ist eng mit dem neuen DLR-Institut für Elektrifizierte Luftfahrtantriebe in Cottbus abgestimmt und wird zum Teil gemeinsam genutzt.

Eine integrierte digitale Infrastruktur verbindet die drei Bereiche miteinander und mit der Außenwelt, z. B. mit Partnerinstituten oder externen Firmen.

Ein weiteres Projekt aus dem ersten Arm ist eine neue Dauerausstellung für das Brandenburgische Textilmuseum Forst (Lausitz). Ziele der Fördermaßnahme sind die baulich-technische Erweiterung, die Beschaffung neuer Ausstellungsstücke und Technik und der Aufbau digitaler Darstellungsformen. Die Ausstellungsfläche soll mit den zentralen Themen der Region – u. a. Textilgewerbe, Grenz- und Transitregion, Flusslandschaften, Sorben – gefüllt und in Verbindung der Relikte analoger Industriekultur, der Textilmaschinen sowie der Stadtbahnlok von 1893 und neuen digitalen Darstellungsformen präsentiert werden. Weitere Bestandteile der Ausstellung sind das Zukunftslaboratorium und die Integration des bisher örtlich separierten „Archivs verschwundener Orte“ im Forster Ortsteil Horno. Das Archiv ist Symbol und Relikt der Orte, die aufgrund des Braunkohlebaus weichen mussten. Im Rahmen des Strukturwandels und der Identität der Lausitzer ist es wichtig, die Erinnerung an diese Orte zu bewahren. Das Brandenburgische Textilmuseum Forst (Lausitz) ist ein Ort der Industriekultur. Neben der Braunkohle war die Textilindustrie ein weiteres wichtiges Standbein der Lausitz. Grundsätzlich ist Brandenburg bestrebt, stets auch Aspekte der Daseinsvorsorge und Freizeitgestaltung zu berücksichtigen, um somit einen attraktiven Lebens- und Wohnraum zu bieten. Eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Struktur in der Region kann sich aber nur dann ergeben, wenn auch weitere Wirtschaftszweige und damit Wertschöpfungspotenziale stimuliert werden. Die Lausitz hat sich in den letzten Jahren, auch außerhalb des Spreewaldes, zu einer touristisch attraktiven Region entwickelt. Ein Projekt mit überregionaler Ausstrahlungswirkung ist

**Neue wirtschaftliche Perspektiven für  
die Region? Weinanbau am Großrä-  
schener See (unten) mit Aussichts-  
plattform sowie Quadfahren (rechts)  
durch das Seenland**



Fotos: Ingo Siewert

das Lausitzer Seenland, das aus der Nachnutzung ehemaliger Braunkohltagelände entsteht und sich zu einer der größten künstlichen Wasserlandschaften in Europa entwickelt. Mit der Lage zwischen den Metropolen Berlin und Dresden, aber auch darüber hinaus in direkter Nachbarschaft zur tschechischen Hauptstadt Prag und zur Metropole Breslau sind beste Voraussetzungen für einen nachhaltigen Tourismus gegeben, der sich wachsender Beliebtheit erfreut. Gerade die aktuellen Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wertvoll einheimische, gut ausgebaute touristische Angebote sind. Neben dem Tourismus gewinnt zunehmend die regionale Erzeugung von Produkten an Bedeutung. Landwirtschaftliche und fischereiwirtschaftliche Produkte aus der Lausitz erobern zunehmend die Märkte der überregionalen Metropolen und bieten Produkte im Sinne der Nachhaltigkeit.

Politik und Verwaltung können nur die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Lausitz schaffen, jedoch wird es im Strukturwandel essenziell darauf ankommen, dass die Lausitzerinnen und Lausitzer ihre Region gestalten und zukunftsfit

machen, indem die endogenen Entwicklungspotenziale gehoben werden. Das Land hat hierfür fünf Werkstätten eingerichtet, die als Plattform für regionale Themen und die Projektentwicklung zum Strukturwandel zur Verfügung stehen. Dabei wurde insbesondere darauf geachtet, dass die Beteiligungshürden möglichst kleingehalten werden. Projektideen zum Strukturwandel können über die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) eingereicht werden. Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH begleitet den Prozess im Auftrag der Landesregierung aktiv vor Ort und ist in diesem Zusammenhang insbesondere für die Qualifizierung der Projektideen zuständig, daneben übernimmt diese auch eine Lotsenfunktion für andere Fördertöpfe.

Gemäß dem Koalitionsvertrag wird in der Lausitz so die Entwicklung nach einem Konzept mittels regionaler Integration der Förderpolitiken, in Form der „Strukturpolitik aus einem Guss“ realisiert. ■





# Wie sieht die Kirche der Zukunft aus? In Deutschland und unter den Soldat\*innen?

Diesen Fragen und ihren vielen Unterfragen begegnen wir heute in vielfältiger Weise. Auch in der Militärseelsorge wird darum gerungen, wie lebendige Kirche unter Soldat\*innen gelingen und zukunftsfähig gestaltet werden kann. Hierzu trafen sich Vertreter\*innen der Laien in der Kirche unter Soldat\*innen mit dem Militärbischof (siehe nächste Seite).

Katholos (griech. allumspannend) – so steht es schon im Namen unserer Kirche. Darin liegt eine große Chance in dieser Situation der Suche, des Ringens um gute Lösungen und der Neustrukturierung, denn wir können einen Blick über den Tellerrand hinaus und damit in die Weltkirche wagen und ihre Erfolgsmodelle betrachten. Eines dieser Erfolgsmodelle sind die „Kleinen Christlichen Gemeinschaften“. >>



# Quo vadis? Ehrenamtliche Arbeit in der Katholischen Militärseelsorge

Ein Text von Andreas Quirin



Foto: GKS

**D**er Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Dr. Franz-Josef Overbeck, tauschte sich im Rahmen eines Klausurtages mit Vertretern der ehrenamtlichen Gremien in der Katholischen Militärseelsorge aus.

Beim jährlichen Gespräch zum Jahresabschluss mit den Vertretern der ehrenamtlichen Gremien in der Katholischen Militärseelsorge im Dezember 2020 machte der Militärbischof den Teilnehmer\*innen deutlich, dass es notwendig sei, sich über die Inhalte und die Strukturen der ehrenamtlichen Gremien Gedanken zu machen. Die Situation hatte sich für die Kirche in Deutschland und damit auch für die Katholische Militärseelsorge in den letzten Jahren verändert. Durch die rückgängige Zahl an katholischen Soldat\*innen sei es aus seiner Sicht schwieriger geworden, die seit vielen Jahren bestehenden Strukturen am Leben zu erhalten. Der Militärbischof regte daher an, sich im Jahr 2021 mit Vertretern der bestehenden ehrenamtlichen Gremien zu einem Klausurtag zu treffen, um offen und ehrlich über die künftige Ausrichtung der Arbeit der ehrenamtlich Engagierten im Katholikenrat (KR) und in

der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zu sprechen. Nachdem im Juni 2021 durch den Rückgang der Corona-Infektionen solche Treffen wieder möglich wurden, trafen sich jeweils acht Vertreter des Vorstandes KR und der GKS sowie die Leitenden Militärdekane mit dem Militärbischof und dem Militärgeneralvikar in Magdeburg. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Militärbischof gab der Bischöfliche Beauftragte für den Katholikenrat, Militärdekan Artur Wagner, einen Einblick in die Gedanken zu möglichen neuen Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den Militärpfarrämtern, die natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit der Ehrenamtlichen hatten. „Im Dekanat Süd haben wir mit dem Regionalprinzip, bei dem mehrere Pfarrämter zusammenarbeiten und sich dabei ergänzen, sehr gute Erfahrungen gemacht“, sagte Wagner. Auf diesen Gedanken aufbauend entwickelte sich dann eine Diskussion zwischen den Teilnehmer\*innen, in der es aber weniger um strukturelle Fragen als um die inhaltliche Ausrichtung der ehrenamtlichen Arbeit ging. Dabei stellten sowohl GKS als auch KR ihre derzeitigen Stärken in den Vordergrund, um daraus Ideen für die Zukunft zu entwickeln. So waren sich die Vertreter der GKS darüber einig, dass auch weiterhin berufsethische Fragen sowie Themen der „Inneren Führung“ den Schwerpunkt der Arbeit in der Gemeinschaft bilden sollten. Hierbei wurde deutlich herausgearbeitet, dass zeitgemäße und moderne Veranstaltungsformen unabdingbar sind, um neue Interessenten anzusprechen. „Wichtig muss es uns dabei sein, auch die Familien weiterhin zu erreichen“, so der stellvertretende Bundesvorsitzende, Oberstleutnant Gerd Fridrich, in der Diskussion nach der Vorstellung der Ergebnisse der Gruppenarbeit am Nachmittag. Basierend auf den Ergebnissen der Gruppenarbeiten und den Ideen zum Regionalprinzip sollen weitere Ideen in den Gremien folgen, die dann bei den „Tagen der Begegnung“ im März 2022 den Delegierten der Vollversammlung des Katholikenrats sowie der Bundeskonferenz der GKS vorgestellt und diskutiert werden. „Wir, die GKS, sind insgesamt schon auf einem guten Weg. Vielleicht müssen wir an mancher Stelle noch etwas nachjustieren und noch stärker auf die thematische Arbeit auf allen Ebenen setzen“, fasste ein Teilnehmer das Ergebnis des Klausurtages aus Sicht der GKS zusammen. ■



Fotos: Shutterstock

## Erfolgsmodell „Kirche vor Ort“

Kleine Christliche Gemeinschaften



**A**m 9. Juni 2021 starb der durch einen YouTube-Kanal berühmt gewordene Philipp Mickenbecker im Alter von nur 23 Jahren. Eine breite Bekanntheit erlangte der bekennende Christ und Mitbegründer von „The Real Life Guys“ („Typen des echten Lebens“) durch seine Do-it-yourself-Ideen, zu deren Repertoire so skurrile Projekte wie fliegende Badewannen und ein selbst gebautes U-Boot zählen. Das Geschäftsmodell des YouTube-Start-ups? Junge Menschen für das Leben außerhalb des elfenbeinernen Turms ihrer eigenen vier Wände – insbesondere der virtuellen Wände – motivieren und für das Leben, wie es wirklich ist, also das Real Life Outdoor begeistern. In Zeiten von Corona nahezu prophetisch. Bleibt die Frage: **Was haben „The Real Life Guys“ mit einem Artikel über Beteiligung von Laien in der Kirche und pastorales Lernen von der Weltkirche zu tun?**

Auf den ersten Blick nicht viel, auf den zweiten eine ganze Menge. Denn von außen betrachtet sind es drei Kriterien, die den YouTube-Erfolg der Real Life Guys begründen: Beziehung, Beteiligung und eine Haltung, die auf Vertrauen aufgebaut ist, denn ohne die enge Beziehung zu ihren Freunden, ihre Beteiligung und eine große Portion Gottvertrauen sowie Vertrauen in die Talente und Fähigkeiten ihrer Mitmenschen wäre ihr Projekt nie zu einem solchen Erfolg geworden.

Hier ergeben sich Parallelen zu den Wesensmerkmalen der sogenannten „Kleinen Christlichen Gemeinschaften“, wie sie uns in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens begegnen und dort nicht selten das Fundament kirchlicher Pastoral bilden.

Was sind Kleine Christliche Gemeinschaften? Bei Kleinen Christlichen Gemeinschaften handelt es sich um Christen, die sich in einem bestimmten Kontext, in der Regel in der Nachbarschaft, zu kleinen Gemeinschaften zusammenschließen, um sich regelmäßig zur Lektüre des Evangeliums und die daraus für sie resultierenden Handlungsimpulse treffen. Diese Gemeinschaften bilden eine Art Substruktur innerhalb der größeren Organisation der Pfarrei. Sie sind kein Verein, der neben anderen kirchlichen Vereinen oder Verbänden, etwa Kolping oder der Frauengemeinschaft, stünde, sondern sie sind Teil der Organisationsstruktur einer Pfarrei und bilden sozusagen ihre kleinste Zellen. Wichtig ist ihre Größe, die sich auf maximal acht bis zehn Familien beschränkt, denn nur so kann jede und jeder bei den regelmäßigen Treffen beteiligt und gehört werden. Die Pfarrei Regina Caeli im Stadtteil Karen in Nairobi besteht aus mehr als 60 solcher Kleinen Christlichen Gemeinschaften, die sich auf das gesamte Gebiet der Pfarrei verteilen. Zwei wichtige Fragen, die hinter diesen Kleinen Christlichen Gemeinschaften stecken, lauten: Wie kann Glaube

**Das Internationale Katholische Missionswerk missio Aachen** besteht seit über 185 Jahren. Der Arzt und Sozialpolitiker Heinrich Hahn rief 1832 die Franziskus-Xaverius-Bruderschaft, heute missio, ins Leben. Im Zeichen der Nächstenliebe war er für seine Patienten im Einsatz und ließ sich von einem Projekt in Frankreich inspirieren: Pauline Marie Jaricot sorgte sich dort um Arme und Kranke. Sie gilt weltweit als geistige und geistliche Mutter der missionarischen Bewegungen. Um den Menschen die Frohe Botschaft von der Liebe Gottes nahezubringen, bat sie Unterstützer\*innen um kleine Geldbeträge und ein tägliches Gebet. Neben dem Gebet stand dabei das Bemühen zu lieben – ohne Maß, ohne Ende – im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Darin liegt die Alltagsnähe der Spiritualität Pauline Marie Jaricots, die bis heute eine große Anziehungskraft auf Menschen auf der ganzen Welt ausübt.

Heute ist das Internationale Katholische Missionswerk missio Aachen eines der größten Hilfswerke in Deutschland und fördert den Aufbau der katholischen Kirche und die Ausbildung ihrer Mitarbeiter\*innen in 68 Ländern. Mit 47,4 Millionen Euro finanzierte missio im Jahr **2019 insgesamt 946 Projekte in 68 Ländern, insbesondere in Afrika, Asien und Ozeanien**. Mit ihrer Arbeit erreicht die Kirche dort nicht allein die Christen, sondern trägt zur Verbesserung der Lebensumstände der gesamten Gesellschaft bei. Sie ist oft die einzige Institution, die alle Menschen erreicht, da staatliche Strukturen schwach sind.

**Zur Sache: Kleine Christliche Gemeinschaften**

Entstanden ist der pastorale Ansatz Mitte der 70er-Jahre als eine Konkretisierung des Priestertums aller Gläubigen, wie es im Zweiten Vatikanischen Konzil herausgearbeitet wurde. Zunächst wurden in Zentral- und Ostafrika, dann im südlichen Afrika und schließlich in Asien Kleine Christliche Gemeinschaften gegründet. Sie haben sich parallel zu den kirchlichen Basisgemeinschaften in Lateinamerika entwickelt. Angesichts der wachsenden Zahl von Christ\*innen bei gleichzeitig wachsendem Priestermangel, großer lokaler Zerstreuung der Christ\*innen, der Konkurrenz durch evangelikale Bewegungen, der Flucht und Migration von Menschen vor Krieg, Terror und Hunger kann Kirche dort auch heute nicht in den uns gewohnten Strukturen der Ortsgemeinde mit einem oder mehreren Priestern an der Spitze gelebt werden, sondern ist lebendig in den kleinen Gemeinschaften, in denen der Glaube geteilt und Solidarität umgesetzt wird. Das bedeutet konkret:

1. Christ\*innen teilen ihren Glauben dort, wo sie leben, und treffen sich in der Nachbarschaft, in einem Dorf oder in einem Wohnviertel.
  2. Christ\*innen lesen gemeinsam in ihrer Gemeinschaft, meist in privatem Umfeld, die Bibel und beziehen Gottes Wort auf ihr Leben.
  3. Die Menschen kümmern sich umeinander, setzen sich für soziale Belange in der Nachbarschaft ein und gestalten das Gemeindeleben aktiv mit.
- Lokale Kirchenentwicklung, Partizipation, spirituelle Erneuerung vor Ort – das sind Errungenschaften Kleiner Christlicher Gemeinschaften.

**Father Mark Lesage in der Erzbistum Manila: „Der erste Schritt, die Kirche zu erneuern, besteht darin, etwas herauszufinden: Was brauchen die Menschen in der Nachbarschaft wirklich?“**

und Leben aus dem Evangelium auch in die äußersten Winkel der Gemeinde, der Stadt, des Wohnortes vordringen? Wie können Menschen aus eigener Verantwortung ihr Christsein leben und durch ihren Glauben das tägliche Leben in Familie, Kirche und Gesellschaft mitgestalten und prägen? Die Antwort ist dreifach:

**1. durch Beziehung:**

Beziehung ist der Dreh- und Angelpunkt des christlichen Glaubens, denn der christliche Glaube gründet im Glauben an eine Person, Jesus Christus. Konstituierend für die Botschaft Jesu und damit das Evangelium ist seine Beziehung zu den Menschen seiner Zeit. Er stellt die Person mit der verdorrten Hand in die Mitte (Vgl. Mk 3) und versetzt sich in die Perspektive des blinden Bartimäus, indem er ihn fragt: „Was willst du, dass ich dir tue?“ (Mk 10,51). Jesus geht in seinem Tun und Handeln von seinen Mitmenschen aus. Er versetzt sich in ihre Situation und tritt auf diese Weise in Dialog mit ihnen. Die Beziehung zu Gott und zum Evangelium schreitet in Kirche und Pastoral danach, eine Beziehung zu den Mitmenschen in der jeweiligen Umgebung zu entwickeln, die von einer Haltung der Wertschätzung und dem tiefen Respekt vor jedem menschlichen Leben und der ganzen Schöpfung geprägt ist.

**2. durch Vertrauen**

Ein tiefes Vertrauen zu Gott kann nicht nur in Kleinen Christlichen Gemeinschaften erlernt werden, sondern auch in der Begegnung und im Austausch mit Christinnen und Christen, schlicht Menschen weltweit. Solch ein Gottvertrauen schafft die nötige Gelassenheit, derer Pastoral und Kirche, insbesondere auch hierzulande, immer wieder bedürfen.

**3. durch Beteiligung**

Wenn aber Beziehung eine Grundkonstante des christlichen Glaubens ist und aus dem Vertrauen in Gott lebt, dann sollte folglich die Beteiligung eines jeden und einer jeden wesentlicher Bestandteil des kirchlichen Lebens sein. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“: Der christliche Glaube sieht das ganz anders. „Mir ist eine verbeulte Kirche, die verletzt und beschmutzt ist, weil sie auf die Straßen hinausgegangen ist, lieber als eine Kirche, die auf-



Fotos: Johannes Duwe

grund ihrer Verslossenheit und ihrer Bequemlichkeit, sich an die eigenen Sicherheiten zu klammern, krank ist“, wie es Papst Franziskus vor einigen Jahren in seiner Enzyklika Evangelii Gaudium zum Ausdruck gebracht hat.

Die Weltkirche bietet kein Patentrezept für die Zukunft der Kirche in Deutschland, aber sie hat wertvolle Impulse, die besagen, wie Menschen künftig stärker eine Kirche leben können, die den Blick vor der menschlichen Realität nicht verschließt, sondern stattdessen die menschliche Realität mit all ihren Facetten einschließt und somit neue Perspektiven eröffnet. Durch Beziehung, Vertrauen und Beteiligung ist eine Haltung gegeben, die der Kirche und dem christlichen Leben in unserem Land zu neuer Fahrt verhelfen kann.

Kirche im 21. Jahrhundert, aber vielleicht auch zu allen Zeiten, bedeutet, die eigenen vier Wände zu verlassen und nach draußen, outdoor, zu gehen. Christsein im 21. Jahrhundert bedeutet eine „Real-Life-Person“ zu sein, welche die Augen vor der Realität nicht verschließt, sondern sich von der Realität positiv wandeln lässt und selbst diese Realität gestaltet. ■



Fotos: Johannes Duwe

**Der Autor**

Johannes Duwe arbeitet als Referent für pastorale Entwicklungsprozesse bei missio Aachen. Er sucht in den Ortskirchen Afrikas, Asiens und Ozeaniens nach weltkirchlichen Impulsen für die pastorale Praxis der Kirche in Deutschland.



# *SICHERHEIT* **braucht Entwicklung**

**W**as unternimmt die deutsche Politik in den Bereichen Krisenprävention und Friedensförderung? Die knapp 400 Mitarbeiter\*innen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) waren in der Coronakrise zum Nichtstun verdammt, weil die Ausbreitung eines tödlichen Virus nicht in den Zuständigkeitsbereich des Katastrophenschutzes fiel. Der neue Behördenchef, Armin Schuster, soll nun das Amt umbauen und reformieren. Im Anschluss lesen Sie einen Beitrag vom GKS-Mitglied Christina Moritz zum Thema: „Brauchen wir einen Nationalen Sicherheitsrat? >>

# Zur Neustrukturierung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe



Quelle: Bildkraftwerk/Bernd Lammel

Am Himmelfahrtstag 2021 ist in Düsseldorf ein Hilfsflug nach Indien gestartet mit Medikamenten und Beatmungsgeräten aus verschiedenen Bundesländern und europäischen Staaten.

Herr Schuster, Markus Söder hat gesagt, diese Pandemie falle in die Kategorie „Katastrophe“. Welche Lehren ziehen Sie aus der Pandemie?

Wir alle müssen lernen, damit umzugehen, von diesem Virus permanent aufs Neue überrascht zu werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll dabei helfen, die Menschen vor solchen Überraschungen bestmöglich zu schützen, etwa durch unser Krisenmanagement, die Risikoanalysen, Pläne und Leitfäden. 2012 hat das BBK mit dem RKI schon einmal eine Pandemie durchgespielt, die sich im vergangenen Jahr dann relativ nah an dem damals angenommenen Szenario entwickelt hat. Das zeigt, wie extrem wertvoll es ist, wenn Deutschland über eine Behörde verfügt, die mögliche Krisen oder Klimafolgen wie Hitzesommer, Dürren, Hochwasser oder große Waldbrände und ihre Folgeerscheinungen wie Stromausfälle oder andere Störungen Kritischer Infrastrukturen vordenkt und vorbereitet. Dazu gehört natürlich auch der Verteidigungsfall.

Und die Lektion?

In der Bevölkerung könnte nach den vielen Bund-Länder-Konferenzen zur Eindämmung der Pandemie und den teilweise unterschiedlichen landesspezifischen Maßnahmen gegen Corona der Eindruck entstanden sein, dass unser föderales System im Kampf gegen eine Pandemie hinderlich ist. Das ist es nicht. Wir haben gesehen, dass das zielgenaue Handeln in den Regionen eine Stärke des föderalen Aufbaus ist. Aber Verbesserungspotenziale gibt es natürlich.

Was kann das BBK künftig tun, was es in dieser Pandemie bisher noch nicht gemacht hat?

Das Technische Hilfswerk, die fünf Hilfsorganisationen, die Bundeswehr, 16 Bundesländer mit ihrem Krisenmanagement und das BBK sind nicht wenige Akteure in der aktuellen Lagebewältigung. Diese Partner mit ganz unterschiedlichen Funktionen in eine gute und dauerhafte Abstimmung zu bringen, dadurch unser operatives Vorgehen besser zu koordinieren und ein integrativeres Bund-Länder-Krisenmanagement zu gewährleisten, dafür braucht es eine dauerhafte Koordinierungsplattform. Darin sehe ich eine wesentliche Rolle meines Amtes und darin haben wir auch Erfahrung. Wir betreiben in Bonn schon länger das gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern, in dem wir alle relevanten Informationen bündeln, in Lagebildern verarbeiten oder aktuell zum Beispiel die überregionalen Patientenverlegungen logistisch koordinieren. All das wäre für Krisen von nationalem Ausmaß noch ausbaufähig.



Fotos: BBK

**„Wir brauchen gemeinsam  
mit der Bundeswehr und  
vielen weiteren Sicherheits-  
partnern eine Risikoanalyse.“**

Armin Schuster, Präsident des Bundesamtes  
für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Gibt es neue gesetzliche Zuständigkeiten für das BBK?

Im Moment ist das für mich kein Thema. Es geht jetzt um wirksames Krisenmanagement und darum, ob unsere Leistungen wertvoll sind für unsere Partner. Dann arbeiten sie jedenfalls auf der gegenwärtigen Gesetzesgrundlage gut und gern mit uns zusammen. Wir brauchen für unsere Arbeit derzeit auch keine Gesetzesänderungen. Originär ist das BBK nur für den Zivilschutzfall zuständig, wir können mit unseren Kompetenzen im Wege der Amtshilfe dennoch wertvolle Unterstützung in vielen anderen Krisenszenarien leisten. Ob man dieser Daueranforderung in vielen Lagen gesetzlich Rechnung tragen möchte, muss zwischen Bund und Ländern sicher zum geeigneten Zeitpunkt diskutiert werden. >>





Bei den Übungen werden Krisenmanagementstrukturen, Verfahren und Kommunikationswege unter den Beteiligten erprobt.

Quelle: Bildkraftwerk/Bernd Lammel

**Warum dauert es mit dem Impfen so lange?**

Ein Impfzentrum zu betreiben, das ist wirklich kompliziert. Ich habe es mir in Berlin selbst angesehen. Damit der Impfstoff in den Oberarm eines Patienten gespritzt werden kann, braucht es eine sehr lange funktionierende Logistikkette – und da darf nichts schiefgehen. Der Impfstoff muss richtig gelagert, transportiert und just in time dem Arzt zur Verfügung stehen in der Hoffnung, der Impfpatient erscheint auch tatsächlich zum gebuchten Termin. Die Hilfsorganisationen haben das BBK aktuell gebeten, schnellstmöglich ein Forum zu bieten, in dem man eigene Praktiken und Probleme bundesweit austauscht. Wir haben diesen Erfahrungsaustausch in dieser Woche zusammen mit der Akademie für öffentliches

Gesundheitswesen virtuell durchgeführt und die Teilnehmenden haben ihre besten Praktiken aus ganz Deutschland von Berlin bis Garmisch-Partenkirchen, von Halle bis Kiel vorgestellt und diskutiert.

**Wovon geht derzeit – außer der Pandemie – die größte Gefahr für die Bevölkerung aus?**

Leider bleiben Bedrohungen von außen, speziell auch der Schutz vor gefährlichen chemischen, biologischen und radioaktiven Substanzen immer ein Thema. Und wenn wir uns vergangene Sommer ansehen, haben wir doch die Vorboten der Klimaveränderung erlebt. Dürre wird ein Thema sein.

„Vielleicht ist es im dritten oder vierten Quartal dieses Jahres geschafft, dass alle geimpft sind, die das wollen.“

**Und wie sieht es mit Kriege aus?**

Das BBK wird sich weiter auf den klassischen Verteidigungsfall vorbereiten. Wir sehen vorher aber eher hybride Bedrohungen als Gefahr für unser Land. Es wird für Angreifer in dieser hybriden Welt noch leichter sein, sich zu legendieren und instabile Situationen auszulösen. Staatliche Akteure werden sich in diesen Fällen ganz bewusst nicht zeigen. Und wir müssen fragen: Ist das jetzt Kriminalität, ein Terrorangriff oder ein kriegerischer Angriff auf unser Land und woher kommt er? Wir brauchen dazu, gemeinsam mit der Bundeswehr und vielen weiteren Sicherheitspartnern, eine Risikoanalyse.

**Muss die Bevölkerung sich bei Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten für den Ernstfall bevorraten?**

Das schlage ich generell vor. Die Pandemie und Quarantäneerfahrungen rücken das gerade ins Bewusstsein. Jeder Haushalt sollte vorbereitet sein und so viel an Lebensnotwendigem im Keller oder der Kammer haben, dass er 10 Tage übersteht.

**Hat sich Ihr Verhalten verändert, seit Sie BBK-Präsident sind?**

Ich bin bei der Polizei und beim Bundesgrenzschutz beruflich sozialisiert. Also eher in der knackigen Form. Aber meine Behörde in Bonn hat mich in den ersten Wochen schon erzogen. Ich war noch nicht so sensibel, als ich hier ankam, wie ich es jetzt bin. Zur Sicherheit haben mir meine Mitarbeiter auch noch ein Radio mit Batteriebetrieb geschenkt – funktioniert auch bei einem Stromausfall.

**Sie haben gesagt, dass Ihr Amt bei Katastrophen künftig stärker als Koordinator in Erscheinung treten könnte. Können Sie das personell leisten?**

Wir sind im letzten Haushalt bei Sachmitteln und Personal sehr großzügig behandelt worden, da darf ich mich nicht beschweren. Wir sind von etwa 350 Mitarbeitenden auf knapp 400 Dienstposten angewachsen. Eine derartige prozentuale Zunahme ist relativ ungewöhnlich. Ich bekomme täglich aus den Ländern und von den Hilfsorganisationen oder der Bundeswehr und dem THW gesagt, wie wichtig unsere Rolle ist, der Bundesinnenminister hat auch keinen Zweifel daran gelassen, uns weiter zu stärken. Der politische Rückenwind aus den Parteien ist für uns spürbar, und das ist gut für den Bevölkerungsschutz in Deutschland.

**Bleibt es für das BBK beim Standort Bonn?**

Durch unseren Personalzuwachs planen wir aktuell Außenstellen in Bonn. Wir sind am richtigen Standort zusammen mit dem THW. Die Hilfsorganisationen sitzen mit großen Landesverbänden oder einer Bundesgeschäftsstelle in Nordrhein-Westfalen. Zum Hardtberg und dem Bundesverteidigungsministerium kann ich zu Fuß gehen. Dazu kommen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Bonn und das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Viele unserer Schlüsselpartner sind hier. Wenn eine Außenstelle außerhalb von Bonn infrage käme, dann sicherlich additiv und nicht anstatt. Aber eigentlich macht das nur in der Fortbildung Sinn. Die Nachfrage an unserer Akademie in Bad Neuenahr übersteigt unsere Kapazitäten. Was ich aber sagen kann, ist, dass wir eine kleine Repräsentanz des BBK im Regierungsviertel in Berlin einrichten wollen.

**Was hat eine Repräsentanz, was eine Außenstelle nicht hat?**

Wir wollen dort bei den Ministerien und Bundestagsfraktionen ansprechbar sein, auch weil wir ein deutlich gestiegenes Interesse im politischen Tagesgeschäft bemerken. Wir erhalten momentan viele Anfragen aus Berlin. Jetzt haben wir dort zwei Mitarbeiterinnen, etwa zehn sollen es einmal sein. Sie sollen das Berliner Geschäft abwickeln, also Besprechungen vorbereiten, Kontakte halten, Termine managen. Wir beschäftigen uns gerade mit drei möglichen Standorten. Aber das ist keine Außenstelle, es ist ein verlängerter Arm meines Präsidialstabes.

**Wie übernimmt man eine Behörde in Pandemiezeiten?**

Das ist leider schlimm, weil ich kaum eine Chance habe, persönlich auf meine Mitarbeitenden und Partner zuzugehen. Ich suche meine Sparringspartner gern im realen Leben. Auch wenn ich mit den Medien umgehen kann, der Typ für Computer-Kommunikation bin ich nicht, auch wenn ich es gerade so intensiv wie möglich anwende. Das BBK setzt Homeoffice intensiv um. Wir wollen und müssen ja Vorbild sein und gleichzeitig sind wir im Corona-Krisenmanagement gefragt. Diesen Spagat aufzulösen ist nicht einfach.

**Wann werden wir Normalität von dieser Pandemie haben?**

Nächstes Jahr. Vorher sehe ich das nicht. Vielleicht ist es im dritten oder vierten Quartal dieses Jahres geschafft, dass alle geimpft sind, die das wollen. Aber wir sollten die Gefahr einer dritten Welle nicht unterschätzen. Selbst wenn wir gut impfen, könnte daraus zu früh ein gewisser Leichtsinn entstehen. In unserer Risikoanalyse haben wir im BBK jedenfalls mit der Möglichkeit einer echten dritten Welle und nicht nur einer verstärkten zweiten Welle gerechnet. Es braucht unabhängig vom Impferfolg weiterhin Disziplin und Vertrauen. ■



# Zeit für einen Nationalen Sicherheitsrat?

Die COVID-19-Pandemie ist ein Lackmustest für das Funktionieren deutscher Sicherheitsstrukturen unter Extrembedingungen, in der Gesamtschau aber nur ein Teil eines komplexen Bedrohungsszenarios. Zu Cyberkriegführung, Terrorismus, Klimakatastrophen oder atomarer Aufrüstung, denen es parallel zu begegnen gilt, kommt das Virus kumulativ hinzu. Dieses Gesamtbild erfordert mehr Kapazitäten für Analyse und strategische Vorausschau. Denn oft werden in Deutschland Entwicklungen oder Gefährdungen nicht oder in ihrer Tragweite zu spät erkannt, weil der Informationsaustausch im bisherigen System staatlicher Sicherheitsvorsorge mit über 100 Behörden an Grenzen stößt. Rund ein Drittel aller Staaten – gleich welcher Größe oder Verfasstheit – bedient sich zur Krisenprävention und -bewältigung eines Nationalen Sicherheitsrates (NSR). Dieser fungiert als ‚Leitstelle‘, die alle zivilen und militärischen Kapazitäten der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik vernetzt, umfassende Analyse und das gleichzeitige Management mehrerer Krisen ermöglicht sowie strategischer Impulsgeber ist. Auch in Deutschland ist es höchste Zeit für die Schaffung einer zentralen Sicherheitsinstitution, die unabhängig von Parteipolitik eine bessere Vorbereitung der Entscheidungen der Bundesregierung aus einer Hand ermöglicht und deren Empfehlungen sich aus der umfassenden Zusammenführung ziviler oder militärischer Informationen, Szenarien und Studien speisen. Dazu sollte der NSR regelmäßig im Kanzleramt tagen, vorbereitet durch eine unter Schutz- und Geheimhaltungsgesichtspunkten vorzugsweise physisch-disloziert im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung verortete, rund um die Uhr arbeitende Analyseeinheit. Um in akuten Krisen handlungsfähiger zu sein, würden darin je nach Bedarf flexible, schnell wieder auflösbare Expertencluster gebildet und der Rat häufiger tagen. Unter Wahrung des Ressort- und Föderalismusprinzips sollen Länder, Bundestag, Bundesrat, aber auch Wirtschaft, Forschungseinrichtungen, Denkfabriken oder Verbände über die Analyseeinheit inhaltliche Impulse beisteuern können. Zentrale Koordinierungs-, Steuerungs- und Durchgriffskompetenzen erhielte der Nationale Sicherheitsrat lediglich zeitlich begrenzt, derzeit etwa auf Basis der Notstandsgesetz-

gebung und der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, und nur in größeren, einzig durch konzertiertes Vorgehen zu bewältigenden Krisen. Letztlich dient das institutionelle Modell eines Nationalen Sicherheitsrates dazu, nicht unter Druck Informationen „zusammenklauben“ oder Ad-hoc-Krisenstäbe bilden zu müssen, durch mehr Vernetzung ein lückenloses Lagebild zu erhalten und somit Fehlerwahrscheinlichkeiten zu verringern. Es steht nicht zu erwarten, dass noch vor der Bundestagswahl 2021 ein Nationaler Sicherheitsberater, Verbindungsbeamte der Ressorts im Kanzleramt oder eine Analyseeinheit im Bundesministerium der Verteidigung etabliert werden. Machbar und sinnvoll ist jedoch, mit der Überarbeitung der Bund-Länder-Kompetenzen im Katastrophenfall, aller sicherheitsrelevanten Gesetze und nicht zuletzt der Arbeit an einem Gesetz zur Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates noch 2021 zu beginnen. Ein Nationaler Sicherheitsrat ist der institutionelle Schlüssel zur Lösung aktueller wie zukünftiger Probleme, Garant für kontinuierliches, strategisches „Denken auf Vorrat“, mehr Strategiefähigkeit und bester Andockpunkt für die Zusammenarbeit mit anderen NSRs. Nun gilt es, zu entscheiden, an welchen Stellen der deutschen Sicherheitsarchitektur Doppelungen zu beseitigen, Strukturen aufzulösen oder neu zu schaffen sind. Wenn diese Vorarbeit geleistet ist, steht der Umsetzung des Konzepts nichts mehr im Wege. ■

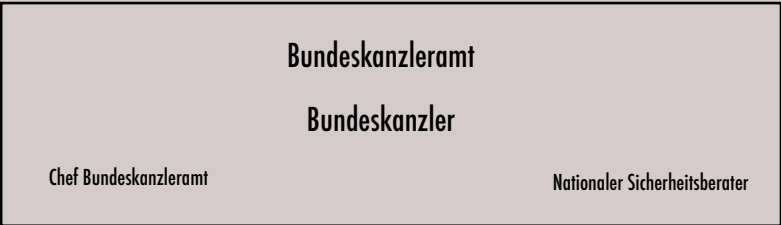


DIE AUTORIN

Christina Moritz ist Politologin, hat das Modell für einen deutschen Nationalen Sicherheitsrat entwickelt und dazu erstmals 2016 veröffentlicht.

## Nationaler Sicherheitsrat Institutionelles Design

**Kernbesetzung**  
Bundeskanzleramt  
Bundesministerien  
Auswärtiges Amt,  
Verteidigung, Inneres,  
Finanzen, Nachrichtendienste



**Akutszenario**  
Sitzungen in Kern-  
besetzung  
nach Bedarf

**Analyseszenario**  
Regelmäßige  
Sitzungen  
in lageabhängiger,  
erweiterter Besetzung



### Zur Abbildung:

Der Nationale Sicherheitsrat (NSR) soll im Bundeskanzleramt tagen, vorbereitet durch Vorlagen der externen Analyseeinheit an den Nationalen Sicherheitsberater. Im Kanzleramt werden sein Sekretariat und seine NSR-Verbindungsbeamte der Ressorts etabliert. Die Besetzung variiert im Nationalen Sicherheitsrat je nach Lage – im Akut- oder Analyseszenario, in der Analyseeinheit je nach Thema.





Foto: Rowohlt

### Und wenn es die Zeit nicht gäbe?

Die Suche nach den Grundlagen des Universums

Was ist Zeit? Wir messen sie immer nur im Vergleich mit etwas anderem, einem Stern oder einem Pendel, und selbst dann gehen die Uhren nicht immer gleich, wie Einstein zeigte. Brauchen wir sie also, um die Grundlagen unseres Universums zu erklären? Nein, sagt Carlo Rovelli und skizziert ein neues Modell davon, was die Welt im Innersten zusammenhält.

Zugleich ist dies das bislang persönlichste Buch des weltbekannten Physikers, der uns erzählt, wie ein Grundlagenforscher zu seinen Ideen kommt und warum revolutionäres Denken immer ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang ist.

**Autor:** Carlo Rovelli  
208 Seiten  
Rowohlt Taschenbuch  
12,00 €

Foto: Bundesarchiv/ Katherine Young



### App führt durch das Rom Konrad Adenauers vor 70 Jahren Internet

Rom (KNA) Vor 70 Jahren reiste der erste deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, erstmals zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Italien. In Erinnerung an dieses historische Ereignis hat das italienische Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung eine App entwickelt. Damit können Touristen Adenauers Staatsbesuch im Juni 1951 Revue passieren lassen. Die kostenfreie App hat eine Gesamthörzeit von einer Stunde und führt in einem etwa 2,5 Stunden langen Stadtpaziergang von der Piazza del Popolo über den Petersplatz bis zum Kapitol. Auf dem Weg versorgt sie den Zuhörer mit politischen, kunsthistorischen und historischen Informationen, etwa zur Freundschaft Adenauers (1876-1967) mit Italiens damaligem Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi (1881-1954).

Foto: Bibelhaus/Frankfurt



### Ausstellung zeigt Geschlechtervielfalt in Gottesvorstellungen Ausstellung

Frankfurt (KNA) Dass Gott kein alter, weißer Mann mit Rauschbart sein muss, ist einleuchtend. Dennoch klingt es in manchen Ohren wohl provozierend, wenn Ausstellungsmacher fragen: Welches Geschlecht hat Gott? Ist Gott weiblich oder männlich oder doch etwa ganz anders? Genau damit befasst sich ab Mittwoch eine Schau im Frankfurter Bibelhaus - also mit der Geschlechtervielfalt in Gottesvorstellungen. Die Ausstellung zeigt bis zum 19. Dezember rund 80 Exponate, darunter archäologische Fundstücke aus dem Heiligen Land. Ein unverstellter Blick in die Bibel offenbare, dass auch dort Geschlechtervielfalt zu finden sei. Es sei sogar eine große biblische Vision, dass letztlich die Unterschiede aufgehoben sein werden.

Das Bibelhaus Erlebnis Museum ist mittwochs bis sonntags von 14.00 bis 17.00 Uhr geöffnet.

Foto: Stiftung Saarländischer Kulturbesitz



### Breaking News – Making News – Faking News – Von Gutenberg zu Trump

Ausstellung zur Geschichte von Lügen und Falschinformationen

Das Deutsche Zeitungsmuseum zeigt vom 22. 05. bis 31. 12. 2021 die Ausstellung ‚Making News – Breaking News – Faking News. Von Gutenberg zu Trump. Eine medienkritische Ausstellung‘. Die Ausstellung setzt sich anhand von Beispielen aus 600 Jahren Mediengeschichte kritisch mit Lügen und alternativen Fakten auseinander, die dieses brandheiße Phänomen in seinen historischen Dimensionen beleuchten.

Fake News sind keine Erfindung von Donald Trump. Lügen werden auch nicht erst verbreitet, seitdem es soziale Medien und mobile Nachrichtendienste wie Twitter gibt. Zweifellos ist es heutzutage viel einfacher, Falschmeldungen zu verbreiten als früher, als es noch kein Internet gab. Aber der Vorwurf, dass (Massen-)Medien Lügen verbreiten, ist jahrhundertalt. Die Frage, ob eine Neuigkeit der Wahrheit entspricht, ist elementar und wurde bereits lange bevor es Massenmedien gab gestellt. Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks machte es jedoch möglich, Nachrichten zu vervielfältigen und damit eine potenziell große Zahl von Menschen mit ein und derselben Information zu versorgen. Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt von Nachrichten nahm fortan eine neue Qualität an und dementsprechend oft wurde gegenüber den Medien der Vorwurf erhoben, die Unwahrheit zu verbreiten. Die Ausstellung zeigt hierfür zahlreiche Beispiele aus Geschichte und Gegenwart.

**Wann?** Vom 22. Mai bis 31. Dezember 2021  
**Wo?** Deutsches Zeitungsmuseum  
Wadgassen/Saarland



Foto: Filmdienst.de



### Das Wunder von Fatima – Moment der Hoffnung Kinofilm

1917 berichteten drei portugiesische Hirtenkinder im kleinen Ort Fatima, dass ihnen die Jungfrau Maria erschienen sei. Ihre Erzählungen rufen viel Skepsis hervor, locken aber auch zahlreiche Pilger an den Ort der wundersamen Erscheinung. Ein Historiendrama über das sogenannte „Sonnenwunder“ und seine Folgen.

**Kinostart:** 17.06.2021  
**Buch:** Valerio D'Annunzio, Barbara Nicolosi, Marco Pontecorvo  
**Länge:** 92 Minuten



# Nachruf

## auf Oberstleutnant a. D. Helmut Jermer

„Bis zu seinem Tode war es für Helmut Jermer eine Selbstverständlichkeit, offen und ehrlich seine Meinung in die GKS hineinzu-tragen und damit Diskussionen anzustoßen“



**Oberstleutnant a. D. Helmut Jermer  
verstarb am 18. Mai 2021**

**A**m 18. Mai 2021 erreichte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) die Nachricht, dass ihr langjähriges Mitglied Oberstleutnant a. D. Helmut Jermer am 23. April überraschend verstorben ist.

Helmut Jermer hatte sich seit Mitte der 1980er-Jahre – auf dem Höhepunkt der in Gesellschaft und Kirchen geführten Diskussion um eine ethische Begründung des militärischen Dienstes – in der GKS engagiert. Hier fand Helmut Jermer Gleichgesinnte, mit denen er seine Position – „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, verstehe sich als Diener der Sicherheit der Völker.“ – in den Meinungsprozess von Kirche, Politik und Gesellschaft einbringen konnte.

Als 1985 die GKS einen Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ gründete, war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, sich dort mit seiner Diskussionserfahrung und Argumentationssicherheit über Jahrzehnte einzubringen. Bei der Bearbeitung eines Grundsatzprogramms der GKS „Gemeinsam in die Zukunft! Ziele und Wege“ im Jahr 1986 und seiner Weiterentwicklung 2010 nahm H. Jermer wesentlichen Einfluss auf die Formulierung und den Inhalt von „Leitsätzen“, „Prinzipien“ und „Selbstverständnis“ der GKS.

Im Jahr 1987 billigte die Bundeskonferenz seinen ästhetisch ansprechenden Entwurf für ein „Kreuz der GKS“, das durch seine Kreis-Symbolik unsere Gemeinschaft versinnbildlicht und heute das Traditionszeichen der GKS ist. Besonders am Herzen lag Helmut Jermer die „Innere Führung“ als „neue und originäre Führungskultur der Bundeswehr“. Als 1989 ein Sachausschuss „Innere Führung“ gegründet wurde, war er sofort zur aktiven Mitarbeit bereit und übernahm nach einigen Monaten auch bis 2001 impulsgebend seine Leitung. Die Po-

sitionen der GKS und seine eigenen klaren Gedanken zu Frieden, Sicherheit, Führungskultur und Selbstverständnis heutiger Soldaten hat er in zahlreichen Beiträgen zur Verbandszeitschrift AUFTRAG der GKS zum Ausdruck gebracht. In den Jahren 2003 bis 2005 übernahm Oberstleutnant a. D. Jermer die Aufgabe des Pressesprechers der GKS. Auch in dieser Tätigkeit blieb er ein kritischer Geist, der keiner Diskussion über friedensethische Fragen aus dem Weg ging.

Sein großes Engagement für die Kirche unter Soldaten endete nicht an den Grenzen der Militärseelsorge, sondern war auch darüber hinaus sichtbar. Die Mitgliedschaft im ZdK (1988 bis 2000) sowie in der ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Kommission Justitia et Pax nutzte Jermer dazu, die Sicht katholischer Soldaten auf die friedensethischen Grundfragen einzubringen und um Verständnis dafür zu werben. Bis zu seinem Tode war es für Helmut Jermer eine Selbstverständlichkeit, offen und ehrlich seine Meinung in die GKS hineinzu-tragen und damit Diskussionen anzustoßen. Seine Ratschläge und Gedanken waren unserer Gemeinschaft viele Male eine wertvolle Hilfe.

**Wir werden das Andenken an Oberstleutnant a. D. Helmut Jermer in Ehren halten und bitten unseren Herrn und Gott, ihm den ewigen Frieden zu schenken. ■**

## VORSCHAU

HEFT 310  
erscheint im  
November 2021



Fotos: Pixabay

### IN DER NÄCHSTEN AUSGABE:

**16 Jahre Kanzlerschaft Angela Merkel**  
Eine Bilanz aus Sicht der Bundeswehr

**Auswertung Umfrage zum AUFTRAG**  
Sagen Sie uns, wie Ihnen die Ausgaben gefallen!

**Interview**  
Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees  
deutscher Katholiken Prof. Dr. Thomas Sternberg

Themenvorschläge zum Titelthema  
nimmt die Redaktion bis zum  
30. September 2021 entgegen.

## IMPRESSUM

AUFTRAG ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:  
GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin  
[www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de](http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de)

REDAKTION:  
Verantwortliche Redakteurin:  
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:  
Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:  
Redaktion AUFTRAG  
Am Weidendamm 2  
10117 Berlin  
E-Mail: [redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:  
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln  
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18  
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:  
Editorial Publishing Berlin e. K.  
Eberhard-Roters-Platz 14  
10965 Berlin

DRUCK:  
Umweltdruck Berlin GmbH  
Sportfliegerstraße 5  
12487 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:  
10. Juli 2021